

RUNDBRIEF

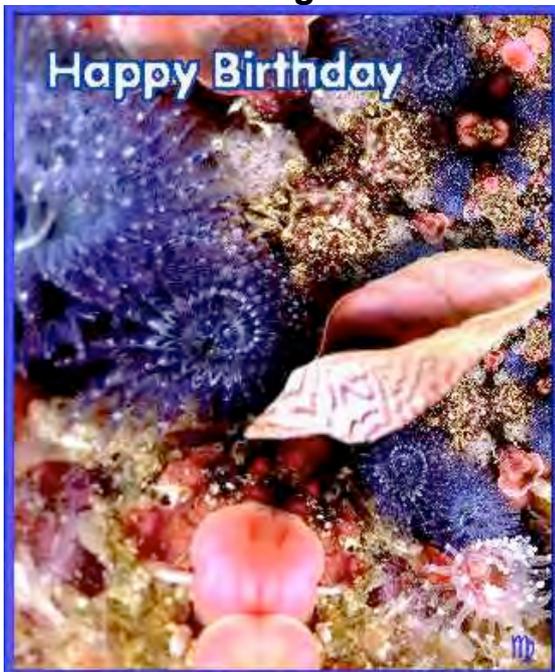
Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik-Netzwerkes e.V.

Nr. 50/01

November 2001

Editorial

50. Ausgabe !



Vielen Dank an die engagierten AutorInnen! Auch für die nächsten 50. Ausgaben des Rundbriefes sind wir auf Ihre/eure Mithilfe angewiesen. Schreibt fleißig!

Liebe Leserin, lieber Leser,

aufregende Zeiten liegen hinter der ‚pazifischen Gemeinschaft‘ in Deutschland. Eine Tagung folgte auf die nächste. Das 12. Treffen der Europäischen Pazifik-Netzwerksolidarität (EPS) hat stattgefunden, darüber berichten die teilnehmenden Vereinsmitglieder. Gleich anschließend trafen sich 60 Personen aus 12 Ländern zur Zweiten Internationalen Solidaritätskonferenz zu Westpapua. Einen Einblick in die dreitägigen Diskussionen verschafft uns Lorenz Gonschor.

In Göttingen hatten sich rund 500 Ethnologen/Innen zur Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) versammelt, Bettina Beer war eine von ihnen. Am Rande der Tagung gründete sich innerhalb der DGV die „Regionalgruppe Ozeanien“ unter Leitung des Netzwerkmitgliedes Torsten Hanf.

Lorenz Gonschor fuhr zum Wahlkampf nach Französisch-Polynesien und besuchte dort u.a. Gabriel Tetiarahi von der NRO *Hiti Tau*. Der Reisebericht zeugt von seiner großen Kenntnis der politischen Situation im

französischen Überseeterritorium.

Nachdem in den letzten Wochen in verschiedenen internationalen Medien über die restriktive Flüchtlingspolitik der australischen Regierung sowie ihre Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, diskutiert wurde und zudem in Australien Wahlen anstanden, haben wir eine Expertin um ihre Meinung zur Situation in ‚down under‘ gebeten. Dorthie Breucking ist Sprecherin der Australien und Neuseeland Koordinationsgruppe von Amnesty international in Bonn, sie schildert das Schicksal der Flüchtlinge.

Im „Bericht aus anderen Vereinen“ stellt Masti Jutka aus Kopenhagen die Skandinavisch-Polynesische Freundschaftsgesellschaft vor, mit der das Netzwerk seit einiger Zeit verbunden ist.

Roland Seib hat das Buch „Reflections on violence in Melanesia“ für uns gelesen, seine Bewertung macht neugierig auf den Inhalt. Vielleicht eine spannende Lektüre für die Weihnachtszeit? Unser Spielerezensent Udo Bartsch aus Hannover hat auf dem deutschen Spielemarkt erneut ein Spiel mit pazifischem Hintergrund entdeckt und für uns getestet.

John Doom aus Französisch-Polynesien war im Rahmen des Ecsiep-Treffens in Neuendettelsau und berichtete über die von ihm gegründete Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa et tatou“. Netzwerkmitglied Irene Hörburger sprach ausführlich mit dem charismatischen Leiter. Sie hat auch für das Feuilleton eine Mythe der Frauen aus Palau herausgesucht.

Der Tipp für den Wochenendausflug führt nach Dresden, wo noch bis in den Sommer 2002 im japanischen Palais des Völkerkundemuseums drei interessante Ausstellungen zu besichtigen sind. Auch sonst hat das „Elbflorenz“ so einiges zu bieten, wie Heide Lienert und Liv Emmerlich herausfanden.

Zum Schluss: Treffen der Regionalgruppen, Termine, Dossiers, Literatur, Neues aus der Infostelle und ‚pazifikrelevante‘ Internetadressen. Die besondere Nachricht: Auch wir sind endlich „drin“!

Eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünscht euch/Ihnen aus der Infostelle

Julia Ratzmann



Das 12. Treffen der Europäischen Pazifik-Netzwerksolidarität

Das Seminar wurde dieses Jahr im Tagungshaus des Bayrischen Missionswerks in Neuendettelsau veranstaltet. Im Anschluss an das Seminar fand die dreitägige Westpapua-Konferenz statt, deren organisatorische Vorbereitung die Pazifik-Infostelle übernommen hatte. Es waren fast 50 TeilnehmerInnen gekommen, ungefähr 20 von ihnen blieben gleich für die anschließende Konferenz. Für die Überbrückungszeit zwischen den Tagungen hatte Julia Ratzmann ein so reizvolles Freizeitprogramm aufgestellt, dass es sich schon allein dafür gelohnt hätte, noch länger zu bleiben. Es reichte vom Tropenschwimmbad bis zu Besichtigungen der lokalen Höhepunkte.

Dank der Kombination von zwei Tagungen waren auf dem Seminar sehr viele BesucherInnen aus dem Pazifik anwesend. Westpapua war mit sechs TeilnehmerInnen aus fünf verschiedenen Organisationen besonders stark vertreten, die vier TeilnehmerInnen aus Samoa waren vom Bossey Ecumenical - Institut in Genf und ein Teilnehmer aus Fiji kam vom Pacific Desk des World Council of Churches in Genf. Zwei Teilnehmer kamen vom Comité de Suivi, Moruroa et Tatou aus Tahiti. Neukaledonien, Bougainville/Papua-Neuguinea und die Molukken waren ebenfalls vertreten. Die Teilnehmerin des Ecumenical Centre for Research, Education and Advocacy aus Fiji konnte bedauerlicherweise nicht anreisen.

Von den europäischen TeilnehmerInnen war aus den Niederlanden neben ECSIEP eine Person aus der Pacific Werkgroep anwesend, aus Großbritannien jemand von der Cambridge Campaign for Peace und von der Diocese of Newcastle. Aus Belgien war ein Vertreter der Europäischen Kommission angereist, aus der Schweiz eine Vertreterin des YWCA (Young Women's Christian Association) und des Interna-

tional Service for Human Rights. Das Pazifik-Netzwerk stellte mit bis zu dreizehn Anwesenden den größten Teil der innerhalb Deutschlands Angereisten; es waren außerdem das West Papua Netzwerk, das Missionswerk Bayern, das Evangelische Missionswerk in Hamburg, das Nordelbische Missionszentrum und Brot für die Welt vertreten.

Die allgemeine Kommunikationssprache war englisch. Für die nur französisch-kundigen TeilnehmerInnen gab es über Kopfhörer fließende Simultan-Übersetzungen. Für die beiden ÜbersetzerInnen René Ariège und Marie-Pierre Hazera war es ein anstrengendes Wochenende.

Das Seminar begann am Freitag Abend mit einer kurzen Vorstellungsrunde im gemütlichen Raum des Hauses und ging nahtlos über in einen zwanglosen Austausch. Für Pazifik-nahe Stimmung sorgten die Gäste aus Fiji und Samoa: Sie bereiteten Kava und ließen alle an der Runde teilhaben.

Am Samstag und in Fortsetzung am Sonntag Vormittag stellten verschiedene TeilnehmerInnen die Situation und Problematik ihres Landes oder ihrer Organisation vor.

Samstag nachmittags teilten sich die Anwesenden in zwei Gruppen, die beide unter das übergeordnete Thema „Konflikte im Pazifik und die Rolle von NGOs und Kirchen“ fielen. Ein Workshop arbeitete zur Problematik „Nachwirkungen von Konflikten überwinden“, der zweite Workshop hatte das Thema „Wege aus Konflikten finden“.

Die Protokolle der Redebeiträge und Workshops folgen im Anschluss. Nicht mit aufgenommen haben wir den Bericht von der Arbeit ECSIEPs, der in einem gesonderten Artikel in diesem Rundbrief erscheint, und den Bericht über die Situation auf den Molukken, den wir hoffen, in einem späteren Rundbrief vorstellen zu können.

Besonders erwähnenswert sind auch die zwei Filme, die am Samstag Abend gezeigt wurden. Der überaus sehenswerte Film zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die pazifischen Inseln überzeugte durch seine sachliche Emotionalität. Leider gibt es ihn nur in Englisch ohne Untertitel. Klaus Schilder berichtete von Entstehung, Inhalt und Übergabe der Klimapetition.

John Doom hatte einen Video-Film mitgebracht, auf dem eine Versammlung der neu gegründeten Gruppe "Moruroa et tatou" gezeigt wurde, die in einem nachfolgenden Bericht näher erläutert wird. John Dooms Begleitkommentare zum Film waren sehr bewegend,

Wieder einmal vielen Dank an Peter van der Vlies und Pavel Klinckhamers von ECSIEP für die Vorbereitung des EPS-Seminars! Es war gelungen und hat uns sehr viel Anregung gegeben! (*Ortrun Alius*)

Bougainville

Referentin: Scholastica Miriori

Zu Beginn ihrer Ausführungen erinnerte Scholastica Miriori daran, dass Bougainville während der Krise viele Menschenleben verloren hat. Nun könne eine Menge getan werden, um zu versuchen, den Frieden zu bewahren. Sie berichtete u. a. über die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Frauen Bougainvilles. Diese Konferenz wurde von den "Bougainville Women for Peace" und dem "Bougainville Inter-Church Women's Forum" initiiert, um die gegenwärtige Situation der Frauen von Bougainville zu diskutieren und um Leitlinien zu Themen zu entwickeln, zu denen die Frauen Position beziehen sollten, z.B.

- Zugang der Frauen zu Führungspositionen
- Beteiligung von Frauen am Entscheidungsprozess
- Mitwirken von Frauen am Versöhnungsprozess
- Förderung von Frauen in der Ökonomie.

Das Womens' Forum bemüht sich darum, die Frauen weiterzubilden, sie zusammenzubringen, und strebt danach, dass Frauen an der neuen Regierung angemessen beteiligt sind. Es seien nämlich die Frauen gewesen, die hervortraten und dazu aufforderten, Friedensverhandlungen mit Papua-Neuguinea zu führen.

Bougainville wurde unterstützt von AUSAID und anderen Organisationen, die Projekte förderten, wie z.B. Trauma-Beratung sowie Frauen- und Jugendprojekte.

Die Frauen sind sehr aktiv, sich zu organisieren und finanzielle Unterstützung zu beantragen.

Ihr Mann Martin Miriori war erst kürzlich in Bougainville und berichtete ihr, die Frauen seien sehr stark, sie würden sich nicht zurücklehnen, sondern würden den Blick nach vorn richten.

Einige Entwicklungsprojekte, mit denen die Frauen befasst sind, beziehen sich auf

- Erwachsenenbildung
- sogenannte open-learning programmms
- Entwicklung des Familienlebens, einschließlich Familienplanung, Haushaltsführung, Förderung des Gemeindelebens

Sie betonte, wie wichtig es sei, dass Frauen in Zukunft in der politischen Arena aufträten. Erforderlich seien Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, um Frauen bei der Etablierung kleiner Unternehmen zu unterstützen.

Der Bericht des National Council of Women wird an die autonome Regierung weitergeleitet.

Die Menschen von Bougainville seien dabei, sich langsam zu versöhnen, ihre Gefühle und Erlebnisse zu teilen. Das sei Teil des Heilungsprozesses.

Außerdem beschäftige sich das Womens Forum mit Umweltfragen. Scholastica Miriori sagte, es sei davon auszugehen, dass die Panguna- Mine nicht mehr geöffnet wird. Der Abholzung der Wälder müsse entschieden entgegengewirkt werden.

Eine weitere Sorge des Women's Forum ist das Gesundheitswesen. Besonders wichtig sei die Eindämmung von Malaria.

Abschließend sagte Scholastica Miriori, dass die Menschen in Bougainville dankbar für Hilfe und Unterstützung sind. (*Christel Fensterseifer*)

Kommission der Europäischen Gemeinschaft

vertreten durch: *Bas van Helden*

Im Rahmen des Cotonou Abkommens wurde der Beitritt von sechs weiteren Ländern beschlossen (Cook Islands, Republic of the Marshall Islands, Federated States of Micronesia, Palau, Nauru und Niue), so dass es nun 14 pazifische Unterzeichnende gibt.

Im Unterschied zum Lomé Abkommen hat sich beim Cotonou Abkommen die Rolle der sogenannten Non-State-Actors verändert.

Zwei Prinzipien wurden von den ACP-Staaten und den Europäischen Staaten erkannt:

- die Anerkennung von Interventionen der Non-State-Actors
- Ihr direkter Zugang, z.B. zu Kapazitätsbildungs- und Entwicklungsprojekten

Schwierigkeiten bestehen weiterhin bei der Diskussion von Strategien, die Zivilgesellschaften einschließen.

Abgesehen vom Cotonou Abkommen hat die Europäische Kommission ein Programm zum Konflikt-Management aufgelegt. Es wird Unterstützung für Konfliktintervention gewährt. Anfragen können eingereicht werden sowohl von Regierungen als auch von NGOs. Dieses Instrument ist sehr breit angelegt.

Bas van Helden wies in diesem Zusammenhang auf die Konflikte in Fiji, Papua-Neuguinea und vor allem Solomon Islands hin. Bougainville sei nun auf dem richtigen Weg. Hier gibt es u. a. die starke Initiative der Frauen.

Solomon Islands

Die Kommission sieht die Situation in Solomon Islands als besonders gefährlich an.

Im Vordergrund des Interesses steht nun die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im Dezember 2001. Sie werden mit professioneller Hilfe vorbereitet, jedoch sind die logistischen Umstände schwierig. Dennoch ist zu erwarten, dass die Wahlen frei und fair durchgeführt werden.

Besonders wichtig ist auch, dass das Bildungssystem aufrecht erhalten wird. Auch hier gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, z. B. ist die Regierung nicht mehr in der Lage, ihre Beiträge an die University of the Pacific (USP) zu zahlen.

Das erste Anti-Konfliktpaket kann nur eine Brücke sein. Die Wirtschaft ist zerstört. Es ist anzunehmen, dass in den kommenden zehn Jahren ein Stand erreicht werden könnte, auf dem sich Solomon Islands vor ca. zehn Jahren befand, als der Konflikt begann. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen.

Die Frage, wie sich der Staat politisch entwickeln wird, ist von außerordentlicher Bedeutung. Bisher galt die gesamte Aufmerksamkeit nur Malaita und Guadalcanal. Während der letzten Mission im Juli dieses Jahres wurde die Furcht geäußert, dass, falls es nicht bald zu einer Lösung der Probleme zwischen Guadalcanal und Malaita komme, der gesamte westliche Teil der Solomon Islands aufgrund des Konfliktes wegbrechen könnte. Daher erscheint eine Föderalisierung notwendig zu sein, um die verschiedenen Landesteile zusammenzuhalten. (*Christel Fensterseifer*)

Die Nachwirkungen der französischen Atombombentests im Pazifik

Zwischen 1960 und 1996 hat Frankreich 210 Atombombentests vorgenommen: nach 17 Explosionen in der Sahara insgesamt 193 Tests in Französisch-Polynesien, davon 41 oberirdische Explosionen. Zu den vertraglich festgehaltenen Bedingungen für die Arbeit vor Ort zählte, dass die Arbeiter nicht darüber sprechen durften, woran sich die meisten auch 30 Jahre lang gehalten haben. Nach dem Erscheinen des Buches „Moruroa und wir“ und den Aktivitäten verschiedener ausländischer und kirchlicher Organisationen sind seit kurzem aber immer mehr Beteiligte bereit, ihr Schweigen zu brechen. John Doom aus Tahiti berichtete, dass sich inzwischen 732 ehemalige Arbeiter der im Juli dieses Jahres gegründeten Organisation „Moruroa et tatou“ angeschlossen haben (siehe dazu die Rubrik „Aus dem Arbeitsalltag von...“ in diesem Rundbrief).

Zu diesen ehemaligen Arbeitern gehört Michel Arakino, der als Sechsjähriger auf dem Reao-Atoll (etwa 150 km von Moruroa entfernt) in einer Schutzhütte oberirdische Atomexplosionen miterlebte. Seit 1980 arbeitete er als hochqualifizierter Taucher auf Moruroa, er holte nach den Explosionen im Atoll

Proben aus der Lagune, mit denen gezeigt werden sollte, dass die Tests ungefährlich sind. „Stellt euch vor, 20 Jahre lang war ich überzeugt, dass das so ist!“ erzählte er seinen ZuhörerInnen in Neuendetelsau. Erst jetzt habe er gemerkt, dass Initiativen wie das ‚Comité de Suivi‘ über *ihn* redeten und er wollte seine Krankenakten einsehen. Es wurde ihm jedoch mitgeteilt, es gäbe keine. Und das, obwohl er nach einem Tauchunfall, bei dem die Maske verrutscht war und er kontaminiertes Wasser verschluckt hatte, ein Jahr in einem Pariser Krankenhaus zubrachte.

Dennoch fühlt er sich nicht als „Opfer“, sondern als Techniker, der auf Moruroa sein Können dazu eingesetzt hat, dass die Atomexplosionen durchgeführt werden konnten, und der dafür – wie sein Vorgesetzter und seine Mitarbeiter – gutes Geld erhalten und sich an das Leben mit Geld gewöhnt hat. Wie er fühlen sich jetzt viele Familien, die sich offenbart haben, unter dem Druck, dass vielleicht das französische Geld, mit dem sie bisher gut lebten, nicht mehr fließen wird. Andere erfahren noch direkteren Druck: Dem Präsidenten der neugegründeten Vereinigung wurde nach seiner Wahl der Job gekündigt.

Trotzdem kommen immer mehr Leute zum ‚Comité de Suivi‘, um mit ihren persönlichen Daten zur Erstellung von Statistiken beizutragen, da in Französisch-Polynesien immer noch keine Gesundheitsstatistiken veröffentlicht werden.

Erst jetzt, berichtete John Doom, fangen sich die Einheimischen an zu fragen, warum es so viele (auch kirchliche) Einrichtungen für Behinderte gibt, auch jetzt erst erzählen ältere Hebammen, dass einige Jahre nach Beginn der oberirdischen Atombombenzündungen plötzlich viele Babies ohne Arme, blind oder gar mit offenen Köpfen geboren wurden und andere wenige Tage nach der Geburt starben. Die betroffenen Frauen und Familien wollten darüber, wie auch über Fehl- und Missgeburten, aus Scham nicht reden; aus dem gleichen Grund wurden und werden viele Behinderte zu Hause versteckt.

Unter denjenigen, die jetzt ihre Arbeitsdaten und Krankheitssymptome zu Protokoll geben, werden einige Moruroa-Arbeiter zur weiteren Untersuchung ausgewählt. An der Massey-Universität (Palmerston North) ist – mit finanzieller Unterstützung durch die neuseeländische Labour-Regierung – damit begonnen worden, neuseeländische Atomtestveteranen radiobiologisch zu untersuchen. Mit dieser Methode kann aufgrund typischer Veränderungen der Erbmasse in den Zellen festgestellt werden, ob und wann die Testperson chromosomenschädigenden Belastungen (wie z.B. Radioaktivität, Rauchen oder Umweltgiften) ausgesetzt war. Dazu genügen frische Blut- und Speichelproben. Ob die Moruroa-Arbeiter, die an der „radiobiological study“ teilnehmen können, persönlich nach Neuseeland fliegen müssen oder ob die guten Flugverbindungen ausreichen, die Proben frisch zu halten, wird zur Zeit noch geprüft.

In den Blut- und Speicheltests sieht das Testfolgen-Komitee derzeit die einzige Möglichkeit, die nach wie vor von französischer Seite offiziell verkündete These von der „Sauberkeit“ der Atombombenexplosionen zu widerlegen. John Doom: „Welchen militärischen Nutzen hätte eigentlich eine „saubere“ Atombombe haben sollen?“ (*Ingrid Schilsky*)

Westpapua

Als nächster sprach dann John Rumbiak, Vertreter der westpapuanischen Menschenrechtsvereinigung ELSHAM. Er berichtete, wie sich die Menschenrechtsslage in Westpapua im Laufe des letzten Jahres dramatisch verschlechterte. Fast alle Zugeständnisse, die der indonesische Präsident Wahid 2000 an die Papuas machte (beispielsweise das Recht, die westpapuanische Flagge hissen zu dürfen und die Än-

derung des offiziellen Namens von Irian Jaya in Papua), wurden wieder zurückgenommen und die Sicherheitskräfte versuchten systematisch, die Unabhängigkeitsbewegung zu zerschlagen, mit der Wahid Anfang 2000 noch im Dialog stand. Besonders seitdem Wahid gestürzt wurde und Sukarnos Tochter Megawati in Indonesien an der Macht ist, nähert sich die Lage in Westpapua immer mehr den Zuständen unter der Suharto-Diktatur. Obwohl sich Megawati öffentlich für die Menschenrechtsverletzungen der Armee in West-Papua entschuldigte, glauben die wenigsten, dass sie in Zukunft etwas dagegen tun wird. Statt dessen gehen die Grausamkeiten der Armee unvermindert weiter, so wie beispielsweise in dem Gebiet um den Ort Wasior, wo im Laufe dieses Jahres viele Leute von Sicherheitskräften gefoltert und getötet wurden und ELSHAM bei der Untersuchung dieser Verbrechen behindert wurde. John verurteilte aber ebenso auch gewalttätige Aktionen der bewaffneten papuanischen Widerstandskämpfer.

Der geplante (inzwischen vom indonesischen Parlament beschlossene) Autonomiestatus für Westpapua ist nach Johns Meinung insofern unzureichend, als dass er die zentralen Probleme des Gebietes nicht beseitigt, nämlich die faktische Straflosigkeit der Angehörigen von Militär und Polizei für von ihnen begangene Menschenrechtsverletzungen und generell die Allmacht des indonesischen Militärs, die durch das Autonomiegesetz nicht berührt wird.

Auch auf politischer Ebene löst die von Jakarta erlassene Autonomie den Kern des Westpapua-Konfliktes nicht, da dem papuanischen Volk nach wie vor das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten bleibt, das ihm von der UNO im Zuge des New-York-Abkommens 1962 zugesichert worden war. John unterstrich dabei, dass bei einem solchen Akt der Selbstbestimmung nicht notwendigerweise die Unabhängigkeit angestrebt werden müsse; es müsse aber eine freie Entscheidung des Volkes über die Zukunft des Landes gewährleistet sein.

Kritisiert wurde von John auch die sogenannte Entwicklungspolitik Indonesiens in Westpapua. Durch all diese Projekte (Holzeinschlag, Ausbeutung von Bodenschätzen und Transmigration) würden die Papuas systematisch marginalisiert und ihre traditionellen Lebensgrundlagen beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört. Da nun aber die Transmigranten im Lande leben, könne man sie nicht einfach ignorieren, sondern müsse versuchen, sie zu integrieren und in den Dialog über die Zukunft Westpapas einzubinden.
(Lorenz Gonschor)

Weltkirchenrat

Der letzte Redner war schließlich der Fijianer Fei Tevi, früher im PCRC in Suva tätig, jetzt Nachfolger von John Doom als Vertreter des Pacific Desk beim Weltkirchenrat in Genf.

Fei sprach davon, wie sehr die wirtschaftliche Globalisierung jetzt auch den Pazifik erreicht, wobei dessen Bewohner davon meistens wenig profitieren. Als Beispiel nannte er Tonga, wo eine australische Biotechnologie-Firma von der Regierung das Recht erwarb, exklusiv an den Genen der Tonganer zu forschen, ohne dass das Volk um seine Meinung gefragt wurde. Das PCRC möchte nun Spezialisten für Bioethik-Fragen nach Tonga schicken, um die Leute aufzuklären und eine offene Diskussion über dieses Projekt anzustoßen.

Ein zweites Thema waren die Konflikte, die den Pazifik in letzter Zeit erschütterten. Fei meinte dazu, dass diese Konflikte meistens schon lange vorher unterschwellig da sind, aber so lange ignoriert werden, bis sie am Ende explodieren. Im Kern dieser Konflikte stehen überall Fragen der nationalen und kulturellen Identität. Gerade deshalb sei es ganz besonders wichtig, traditionelle Formen der friedlichen Konfliktlösung und Versöhnung verstärkt zu propagieren, noch bevor die Konflikte offen ausbrechen. Bei diesem Prozess sollen auch die Kirchen verstärkt mitwirken. Die Rolle der Kirchen bei der

Konfliktlösung wird deshalb auch ein zentrales Thema bei der nächsten Konferenz des pazifischen Kirchenrates 2002 in Rarotonga sein. Ein weiteres Thema, das immer noch zu wenig beachtet wird, obwohl es den Pazifik immer konkreter betrifft, ist der Klimawandel. Auch damit werden sich die Kirchen vermehrt beschäftigen.

Insgesamt wird sich der Weltkirchenrat in den nächsten Jahren intensiv mit der Globalisierung in all ihren Formen auseinandersetzen und versuchen, eine ökumenische Antwort darauf zu finden und Alternativen zu entwickeln. Dazu sollen aus allen Weltgegenden Ideen eingebracht werden. Für den Pazifik sieht Fei das Idealbild des „Pacific Way of life“ als Gegenmodell zur Globalisierung: Es wird kein Reichtum in Massen produziert, dafür gibt es aber auch keine Verelendung von Teilen der Bevölkerung. Statt dessen leben die Leute in spiritueller Harmonie mit der Natur und mit ihren Mitmenschen. **(Lorenz Gonschor)**

Workshop zu Nachwirkungen von Konflikten

Hier ging es um Probleme der Friedenskonsolidierung in Nachkriegssituationen. Ein großes Plus des Workshops war die Teilnahme von Scholastica Miriori aus Bougainville, die sehr detailliert am Beispiel Bougainvilles erläutern konnte, welchen Schwierigkeiten sich ein Neuaufbau friedlicher Verhältnisse nach Kriegen gegenüber sieht. Zudem konnten wir zum Vergleich auch recht genaue Informationen über den Friedensprozess auf den Salomonen heranziehen. Und es wurde versucht, ausgehend von diesen beiden Fällen allgemeine Bedingungen für eine erfolgreiche zivile Konfliktbearbeitung in Nachkriegssituationen herauszuarbeiten und dabei die jeweils spezifische Rolle von einheimischen und externen Nichtregierungsorganisationen/der Zivilgesellschaft sowie der Kirchen zu beleuchten.

Einige Ergebnisse:

Einheimische NGO's :

- Von herausragender Bedeutung ist die Demobilisierung und Re-Integration - vor allem jugendlicher - Ex-Kombattanten, da diese ein erhebliches Gefährdungspotential für die Stabilisierung friedlicher Verhältnisse darstellen. Damit zusammenhängend:
- Isolierung krimineller Elemente, die aus den ehemaligen Kriegsparteien hervorgegangen sind und nun ein law and order - Problem bilden; auf diese muss Druck ausgeübt werden, damit sie ihre Waffen abgeben. Herstellung einer Atmosphäre von Normalität.
- Ebenso müssen Flüchtlinge und Displaced Persons in ihre Heimat zurückgeführt und reintegriert werden.
- Traumaarbeit bezogen auf Kriegserlebnisse ist als Voraussetzung für Rückkehr in ein normales Leben und für Versöhnung sehr wichtig - sowohl für die Opfer (zumeist Frauen und Kinder) als auch für die (oft jugendlichen) Täter.
- Friedenserziehung, Seminare über Menschenrechte und Konfliktlösung.
- Versöhnungsarbeit. Dazu kann die Einrichtung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen sinnvoll sein. Generell geht es darum, traditionelle Versöhnungsverfahren mit modernen Konfliktregelungsverfahren zu verbinden. Ziel ist eine auf Gerechtigkeit basierte Versöhnung als Voraussetzung für dauerhaften Frieden. Nur so kann der Teufelskreis des „pay back“ gebrochen werden.

Externe NGO's:

- Unterstützung der Re-Integration von Ex-Kombattanten durch spezielle (Berufs-) Ausbildungskurse.
- Unterstützung von Traumabearbeitung durch psychologisch geschultes Fachpersonal.
- Kleinkreditvergabe, insbesondere für Frauen. Kleinprojektförderung.

- Hilfe bei der Reform des Sicherheitssektors.
- Wahlbeobachtung. Überwachung von Abrüstungsprozessen.
- Stärkung der Strukturen lokaler NGO's (capacity building).

Zwar wurde die Notwendigkeit der Unterstützung von außen betont, aber zugleich wurde auf Gefahren derselben hingewiesen, etwa:

- Fehlende Kohärenz der Ansätze von Partnerorganisationen, mangelnde Koordination von „donors“.
- Zuviel Geld von außen zu schnell und unkontrolliert kann negative konfliktverschärfende Folgen haben. Die Absorptionfähigkeit für (zu viel) Geld fehlt oft.
- Die externen Akteure kommen mit ihren eigenen Vorstellungen und ihrer eigenen Agenda, drücken von außen etwas auf. Dabei fehlt es oft an Transparenz, häufig ist die Unterstützung auch parteiisch. Das alles kann wieder zu Konflikten führen.

In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die Entscheidungen über die künftige Entwicklung von den Leuten vor Ort an der Basis getroffen werden müssen. Ihre Selbstbestimmung und Selbstachtung stehen im Zentrum von erfolgreicher Friedenskonsolidierung.

Kirchen:

- Ihre zentrale Aufgabe in Nachkriegssituationen ist die Versöhnungsarbeit. Dabei müssen die spirituellen Bedürfnisse der kriegstraumatisierten Menschen ernst genommen werden, es muß z.B. Rücksicht genommen werden auf Bedürfnisse, die aus indigenen Traditionen rühren. Die Kirchen müssen den Raum schaffen, dass die Menschen ihre Geschichten erzählen können, so dass Heilungsprozesse in Gang kommen können.

Allgemein wurde festgehalten, dass Friedenskonsolidierung eine Aufgabe ist, die nur im Zusammenwirken von staatlichen Instanzen, lokalen NGO's und internationaler Zivilgesellschaft bewältigt werden kann. Besonders wichtig ist die Kooperation von modernen zivilgesellschaftlichen Akteuren - NGOs, Kirchen - und traditionellen Autoritäten - Dorfälteste, chiefs, Frauen. Nur wenn man die lokalen Gebräuche („kastom“) bei der Friedenskonsolidierung berücksichtigt und nutzt, kann es dauerhafte Erfolge geben. Das verlangt von externen Akteuren, die Unterstützung bei der Friedensbildung leisten wollen, nicht zuletzt die Bereitschaft, von den Leuten vor Ort an der Basis auch lernen zu wollen.
(Volker Böge)

Workshop über Situationen vor und in Konflikten

Ziel des Workshops war, Möglichkeiten der aktiven Prävention weiterer gewalttätiger Konflikte im Pazifik zu diskutieren. Diskutiert wurden zwei Fallbeispiele: die Lage in Moruroa als Beispiel einer Situation vor einem gewalttätigen Konflikt und die Lage in Westpapua (Irian Jaya) als Beispiel einer Situation in einem gewalttätigen Konflikt. Durch die Berichte von Beteiligten an diesen Konflikten war es den Teilnehmer des Workshops möglich, ein tiefergehendes Verständnis der Situationen zu erlangen.

Die Diskussionen wurden im Wesentlichen von drei Fragen geleitet:

1. Welche Aufgaben haben lokale/regionale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) im Friedensprozess?
2. Welche Art von Hilfe kann von europäischen NGOs geleistet werden, um Konflikte zu vermeiden und gemeinsam an einer positiven Entwicklung zu arbeiten?
3. Welches könnte der Beitrag der Kirchen im Friedensprozess im Pazifik sein?

Die folgende kurze Zusammenfassung gibt einen Überblick über die Diskussionen zu den beiden Fallbeispielen und nennt die erarbeiteten Handlungsvorschläge für die verschiedenen Akteure. Anschließend werden diese verallgemeinert als generelle Handlungsmöglichkeiten für Konfliktprävention im Pazifik vorgestellt.

Die Hauptursache des Konfliktes in **Westpapua** ist das von der indonesischen Regierung nicht anerkannte Recht auf Selbstbestimmung der Papua-Völker. Die empfundene und tatsächliche Machtlosigkeit der Papua gegenüber der indonesischen Regierung wird durch den indonesischen Militarismus und die Straffreiheit indonesischer Beamter erhöht. Einerseits wird die Situation durch finanzielle amerikanische und europäische Unterstützung der indonesischen "Entwicklungspolitik" internationalisiert, andererseits herrscht auf internationaler Ebene (weitgehend) Schweigen über die Situation der Papua.

Nach einer intensiven Diskussion schlugen die Teilnehmer des Workshops folgende Handlungen vor, um die Spannungen in Westpapua beizulegen:

1. Als externe Hilfe von Seiten europäischer NGOs, die innerhalb Europas und von Europa aus im Pazifik angeboten werden kann, wurden genannt: der Schutz und die Unterstützung von lokalen Menschenrechts-Aktivistinnen durch bestehende internationale Mechanismen; Medienkampagnen, um Druck auf die Europäische Union auszuüben und deren Unterstützung der indonesischen "Entwicklungspolitik" zu beenden; Kampagnen, um nationale und internationale Aufmerksamkeit in Asien und Europa in der Öffentlichkeit für die Situation der Papua zu wecken; Einbringung der Forderungen der Papua in die internationalen Menschenrechtsmechanismen; Ausarbeitung einer langzeitigen Strategie für die Unabhängigkeit Westpapas sowie die Zeit nach der Unabhängigkeit.
2. Handlungsmöglichkeiten für die Kirchen in Westpapua werden gesehen in Mediation (Vermittlung zwischen den Streitparteien) und indem sie einen neutralen Raum für Kontakte und Diskussionen zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung stellen. Betont wurde, dass Religionen und Kirchen eine Friedensrolle spielen können.
3. Die Teilnehmer des Workshops diskutierten auch die Aufgaben der Papua in dem Konflikt. Hauptsächlich werden von Seiten europäischer NGOs für ihre Lobbyarbeit regelmäßig verlässliche Informationen benötigt. Das Streben nach Unabhängigkeit sollte einer eigenen Strategie folgen, bei deren Entwicklung von Europa aus nur unterstützend eingegriffen werden kann. Die europäische Unterstützung insgesamt wird durch gewalttätige Handlungen von Seiten der Papua erschwert und die Papua wurden zu friedlichem Handeln aufgerufen.

Wesentliche Probleme der Menschen in **Moruroa** sind die Ignoranz der französischen Regierung in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen der dreißig Jahre anhaltenden Atomtests; die erst jüngst (im Juli 2001) in Moruroa angelaufene Aufklärungskampagne und das dieser vorausgehende langanhaltende Schweigen der Arbeiter; die Unsicherheit über den Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung und jedes Einzelnen; das Verschwinden der Unterlagen über von der französischen Regierung durchgeführte medizinische Untersuchungen der Arbeiter und die Unsicherheit über das Ausmaß der Zerstörung/Vergiftung der Umwelt durch die Nukleartests.

Die eindringlichen Berichte eines ehemaligen Arbeiters wurden für die Teilnehmer noch veranschaulicht durch einen kurzen Film über die Aufklärungskampagne in Moruroa, in dem auch andere ehemalige Arbeiter ihre Ängste schilderten und Auskunft über ihre Tätigkeiten gaben.

Als Ergebnis der Diskussionen werden folgende Schritte vorgeschlagen:

1. Europäische NGOs sollten zunächst Unterstützung darin leisten, dass sie Informationen über weitere Handlungsmöglichkeiten sammeln und diese mit den Partnern in Moruroa umsetzen. Dazu gehört, entweder Einzelfälle gerichtlich aufarbeiten zu lassen oder Frankreich international anzuklagen. Auch sollte der Fall der Europäischen Kommission vorgetragen werden. Des Weiteren sollten die französische und die europäische Öffentlichkeit über die Lage in Moruroa aufgeklärt werden, um breitere Unterstützung zu erreichen. Ein dringliches Problem stellt die Finanzierung von Bluttests der ehemaligen Arbeiter dar, um ein gesichertes Bild über ihren Gesundheitszustand zu erhalten. Diese Untersuchungen könnten in Neuseeland durchgeführt werden.

2. Die Kirchen im Pazifik könnten die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Moruroas erhöhen und damit die noch junge lokale Aufklärungskampagne stärken und auf eine breitere Basis stellen. Das beinhaltet, Informationen über Nukleartests und deren gesundheitliche Folgen zugänglich zu machen und zu verteilen.

Verallgemeinert lassen sich die folgenden Punkte für die Vermeidung gewalttätiger Konflikte im Pazifik nennen:

1. Von Europa aus kann lokalen NGOs im Pazifik lediglich Unterstützung von Außen angeboten werden. Es ist nicht möglich/ oder wenig sinnvoll, direkt in das lokale Geschehen einzugreifen.

2. Hilfe von Außen kann innerhalb Europas und auch im Pazifik angeboten werden. In Europa sollte diese Unterstützung zunächst auf die Verbesserung der Kommunikation und des Informationsaustausches zwischen NGOs gerichtet sein. Dafür könnten regionale NGOs wie ECSIEP in den Niederlanden noch mehr als bisher als Multiplikator von Informationen agieren.

Dem verbesserten Informationsfluß sollten Handlungen auf der europäischen institutionellen Ebene folgen. So sollten die Fälle der Europäischen Kommission, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und nationalen europäischen Regierungen vorgetragen werden. Auch sollten internationale Kampagnen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage der Bevölkerung im Pazifik richten und diese Region sollte in den Medien einen festen Platz einnehmen.

Im Pazifik selbst sollte die Unterstützung hauptsächlich in verbesserter Kommunikation zwischen Partnern im Pazifik und in Europa liegen. Beide Seiten benötigen regelmäßig verlässliche Informationen über die Handlungen des Anderen. Der Dialog zwischen den Partnern über zukünftige Strategien der Konfliktvermeidung sollte in einer konstruktiven Weise geführt werden. Es sollten Veranstaltungen zu Konfliktmanagement in den Konfliktgebieten für die einheimische Bevölkerung angeboten werden.

3. Der Beitrag der Kirchen im Pazifik sollte hauptsächlich darin liegen, Informationen zur Verfügung zu stellen und einen neutralen Raum für Begegnungen zwischen Konfliktparteien zu bieten. Beispielsweise wäre es hilfreich, wenn die Bevölkerung über ihre Rechte und rechtliche Möglichkeiten, diese einzufordern, aufgeklärt würde. Die Kirchen könnten nicht nur Raum für Unterredungen zur Verfügung stellen sondern auch auf einen Dialog zwischen den Parteien hinwirken und dann als Zeugin von Gesprächen auftreten. *(Juliane Neuhaus)*



ECSIEPs Arbeit (Oktober 2000 - Oktober 2001)

Bericht auf dem EPS-Seminar

Dies ist ein kurzer Abriss der Aktivitäten, die ECSIEP in der Zeit nach dem 11. EPS-Seminar im Oktober letzten Jahres in Angriff genommen hat, und der Änderungen, die es seitdem gegeben hat.

Eine der größten Veränderungen im Büro ist das Ausscheiden von Madeleen Helmer, die nach einer langen Zeit als Koordinatorin des European Centre on Pacific Issues und Mitglied der Pazifik-Arbeitsgruppe beschlossen hatte, sich auf das Thema Klimawandel zu konzentrieren. Dieses Problem ist natürlich auch für die pazifische Region von großer Bedeutung. Seit Anfang dieses Jahres arbeitet sie für das Rote Kreuz in den Niederlanden, das Interesse an dieser Thematik gezeigt hat, insbesondere an den Auswirkungen der Klimaerwärmung auf den ärmeren und verwundbareren Teil der Erde. Das heißt aber nicht, dass Madeleen für den Pazifik völlig verloren ist. Sie hatte eigentlich vor, auf diesem Seminar dabei zu sein, aber unglücklicherweise ist sie durch andere Verpflichtungen verhindert. Sie wird sich überdies - zusammen mit John Doom und dem Comité de Suivi - aktiv an den Aufgaben beteiligen, die die Folgen der französischen Atomtests betrifft. Deshalb nahm sie Anfang der Woche an einem Treffen dieses Komitees in Paris teil, von dem uns John Doom bereits erzählt hat. Peter van der Vlies, der auch schon lange Mitglied von ECSIEP ist, hat nun die Aufgabe des Koordinators des ECSIEP-Büros inne, wohingegen Pavel Klinckhamers die Arbeit im Bereich des Projekts 'Zusammenarbeit von PCRC und ECSIEP' übernommen hat.

Eine der letzten Aktivitäten ECSIEPs, an denen Madeleen Helmer gegen Ende letzten Jahres beteiligt war, war die sogenannte sechste Konferenz der Parteien für die UN Klima-Konvention (COP6), die in den Niederlanden stattfand. Dies war eine ausgezeichnete Gelegenheit für ECSIEP, Koalitionen mit anderen NGOs einzugehen und im Hinblick auf die Konferenz zusammenzuarbeiten. Was den Pazifik betrifft, ist die Bedrohung durch den Klimawandel schon die letzten zehn Jahre das vorherrschende Thema in internationaler Politik. ECSIEP hat dieses Problem immer und immer wieder innerhalb der EU und anderen internationalen Foren angesprochen. Trotzdem ist es enttäuschend, dass bislang kaum andere europäische Entwicklungshilfe-Organisationen am Thema Klimawandel interessiert sind. Man kann daher auch nur sehr wenig politische Entwicklungen in Europa erkennen, durch die die Interessen der Entwicklungsländer an Klima-Verhandlungen unterstützt würden. Die Interessen gehen in erster Linie in Richtung Anpassung: Programme und Finanzhilfen für die Entwicklungsländer, um sich an die Folgen des Klimawandels auf ihre Gesellschaft anpassen zu können.

ECSIEP unternahm den Versuch, über die COP6 und den Impuls, den sie in den Niederlanden schaffen würde, Entwicklungs-NGOs für mehr Interesse und Beteiligung zu gewinnen. Und dadurch auch die Kontakte und das Wissen, das im Pazifik zu diesem Problem vorhanden ist, zu verknüpfen.

ECSIEP beteiligte sich an der Organisation einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema Klimawandel und Entwicklungsländer. PCRC bekam von uns finanzielle Unterstützung, damit sie einen Vertreter schicken konnten, wir koordinierten das Programm der pazifischen Musikband Te Vaka, die bei einer ganzen Reihe von Veranstaltungen während der Klima-Konferenz auftrat, und beantragten finanzielle Unterstützung dafür.

Reise in den Südpazifik

Im selben Zeitraum, in dem die Klimakonferenz stattfand, besuchte ECSIEP verschiedene Zusammenkünfte im Pazifik. Pavel Klinckhamers nahm an einem Capacity-Building Workshop teil, an dem ECSIEP schon im Koordinierungskomitee in Vanuatu mitgewirkt hatte. Dieser Workshop, der sowohl für nationale und internationale NGO-Führungen wie auch für Geber-Organisationen angeboten wurde, wird im Oktober dieses Jahres durch einen anderen Workshop in Fidschi weitergeführt werden, der mehr regionale Aspekte berücksichtigen soll. Obwohl ECSIEP nicht daran teilnehmen wird, waren wir doch wieder im Koordinierungskomitee dabei und schlugen vor, einen Treffpunkt und ein Datum zu vereinbaren, an dem möglicherweise eine größere Anzahl europäischer Geber-NGOs anwesend sein würde. ECSIEP hat auch für finanzielle Unterstützung eines Teils des Workshops gesorgt. Für den Bereich

der Capacity Building hat ECSIEP auch eine Adressenliste für daran interessierte Organisationen aufgestellt, die Anfang dieses Jahres begonnen wurde.

Nach dem Capacity Building Workshop verbrachte Pavel einige Zeit mit PCRC in Fidschi, um den Bericht für das PCRC/ECSIEP-Projekt zum Lomé-Abkommen, das im Juni 2000 abgeschlossen worden war, zu Ende zu bringen. Auf das Cotonou-Abkommen folgte ein regionales Treffen in Tonga. Auf diesem Seminar organisierte ECSIEP zusammen mit PCRC für pazifische NGOs ein Treffen zum Cotonou-Abkommen und seinen Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft.

Rahmenprogramm

Diese letztgenannte Aktivität fiel unter das einjährige gemeinsame ECSIEP/PCRC "Rahmenprogramm für dezentralisierte Kooperation und Capacity Building im Pazifik", das auf das vorhergehende Lomé-Projekt folgte. Es gibt von der Europäischen Kommission und einem Konsortium von europäischen NGOs (Nichtregierungs-Entwicklungs-Organisationen) finanzielle Unterstützungen, wenn es darum geht, die Kooperation zwischen pazifischen NGOs, EU-NGOs und der Europäischen Kommission zu stärken. Das Projekt sollte ursprünglich von Juni 2000 bis Juni 2001 laufen, aber aus verschiedenen Gründen verspäteten sich die Aktivitäten von PCRC im Pazifik, was zur Folge hatte, dass nicht alle Informationsseminare für nationale Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt wurden. Deshalb musste der Zeitrahmen für die Arbeit von PCRC bis Ende des Jahres ausgedehnt werden. Zur Arbeit, die ECSIEP in diesem Projekt übernahm, gehört die Moderation der Zivilgesellschaft-Diskussion - auf der Basis einer Email-Diskussionsrunde zum Cotonou-Abkommen - und die Unterstützung einer neuseeländischen Organisation im Aufstellen eines Internet-Adressbuches von pazifischen und europäischen Organisationen. Dieses Adressbuch soll auf dem Capacity Building Workshop in Fidschi im Oktober herausgegeben werden, war aber noch nicht fertig, um es auf dem EPS-Seminar zu präsentieren. Eine andere Aktivität war die Teilnahme an einem Workshop zur Beteiligung der Zivilgesellschaft am Cotonou-Abkommen auf der UN LDC III Konferenz, auf dem ECSIEP mit einer Gruppe anwesender pazifischer NGOs verschiedene Aspekte diskutieren konnte.

Die umfangreichste Arbeit, die ECSIEP innerhalb dieses Projektes übernahm, war die Organisation des dritten Meso level dialogue im Juli in Brüssel. Dieses Treffen brachte zum ersten Mal eine große Gruppe von Vertretern der pazifischen Zivilgesellschaft, Beamten der Europäischen Kommission und Vertretern europäischer NGOs zusammen. Weil ECSIEP die Gelegenheit nutzte, dass eine große Delegation von pazifischen NGO-Vertretern zu einem AKP-EU-Zivilgesellschafts-Treffen in Brüssel eingeladen war, konnten wir unser Treffen mit einem sehr begrenzten Budget bestreiten.

Während des Treffens wurde offensichtlich, dass es keine positive Entwicklung gibt hinsichtlich der Tendenz europäischer NGOs, sich aus dem Pazifik zurück zu ziehen. Aus Mangel an Zeit und Ressourcen sehen die meisten EU-NGOs keine Möglichkeiten, ihren Einsatz im Pazifik zu erweitern, und konzentrieren sich auf spezifische Regionen oder Problematiken. Andererseits gibt es eine klare Bereitschaft der EU, Möglichkeiten herauszufinden, durch die die Kräfte der europäischen Organisationen gebündelt werden können, um ihre Präsenz im Pazifik zu erhöhen. Die EU-NGOs dagegen gaben zu verstehen, dass auch sie auf einen Anstoß der pazifischen NGOs warten, den sie in Diskussionen benutzen können, um den Pazifik in Europa auf der Tagesordnung zu halten.

Von der pazifischen Zivilgesellschaft wurde festgestellt, dass eine der Hauptaufgaben, die die EU-NGOs in Zukunft übernehmen müssen, wenn sie die pazifische Zivilgesellschaft stützen wollen, in der Lobby-Arbeit liegen müssen. Diese Lobby-Arbeit muss die Themen umfassen, die für die pazifische Bevölkerung wichtig sind, wie Klimawandel, Menschenrechte, Biodiversität, Globalisierung, etc.

Eines der interessanten Ergebnisse der Treffen, die die pazifischen Zivilgesellschaften vor dem Me-so-level-dialogue hatten, war ein Projektvorschlag, der kleineren und geographisch abgelegeneren Organisationen ermöglichen soll, an finanziellen Unterstützungen von Europa teilzuhaben. Der Vorschlag soll die "Aufnahmefähigkeit" kleiner Organisationen verbessern, indem viele kleinere Initiativen zu einem großen Projekt zusammengefasst werden, das man der Europäischen Kommission zur Kofinanzierung präsentieren kann. Im Moment sind die EU-NDGOs daran interessiert, mehr über diese Idee zu erfahren, und die pazifischen Zivilgesellschaften werden das Konzept weiter entwickeln und (einem Konsortium von) EU-NDGOs zur Kofinanzierung vorstellen. Die Europäische Kommission begrüßte die Absicht der EU-NDGOs, untereinander mehr zu kooperieren und gemeinsame Projektvorlagen für die pazifische Region auszuarbeiten.

Hinsichtlich der Country Support Strategies (CSS; Dokumente, die von den pazifischen Regierungen erarbeitet wurden und die Haupt-Entwicklungsgebiete der Zukunft innerhalb des Landes aufzeigen) war es interessant, sich die Art der Beteiligung der Zivilgesellschaften anzuschauen. Entsprechend dem Cotonou-Abkommen sollten die Zivilgesellschaften und andere nichtstaatliche Akteure zur Vorbereitung der CSS-Papiere hinzugezogen werden. Nach Aussage des Vertreters der Europäischen Kommission wird in allen Entwurfsunterlagen, die die Kommission erhalten hat, bestätigt, dass dieser Beteiligungsprozess stattgefunden hat. Eine kurze Befragung der auf dem Treffen anwesenden Vertreter der Zivilgesellschaften zeigte jedoch, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft in verschiedenen pazifischen Ländern nicht hinzugezogen worden waren. Beispielsweise behauptet das CSS-Dokument von Vanuatu, das von der Europäischen Kommission bereits genehmigt wurde, von der Zivilgesellschaft unterstützt zu werden. Das Vorstandsmitglied der Dachorganisation von NGOs in Vanuatu befragte vor dem Treffen die Mitgliedsorganisationen in Vanuatu und kam zu dem Schluss, dass keine von ihnen an der Entwicklung der CSS-Vorlage beteiligt worden war. Daraufhin wurde betont, dass die Europäische Kommission unbedingt dafür Sorge tragen muss, dass die Abwicklung sich an das Cotonou-Übereinkommen hält und von den pazifischen NGOs überwacht wird.

ECSIEPS Kern-Projekt

Die "Kernarbeit" des ECSIEP-Sekretariats wird von einer Gruppe niederländischer, Schweizer, belgischer, französischer und deutscher NDGOs finanziert über einen festen Zeitraum von drei Jahren, von dem wir jetzt im zweiten Jahr sind. Die Kern-Arbeit umfasst die Herausgabe des EPS-Bulletins, der ECSIEP-Website, der Organisation des jährlichen Seminars in Oktober, Vernetzung und Informationshilfe in pazifischen Angelegenheiten und das jährliche Treffen des Koordinierungskomitees, das sich dieses Jahr im Büro des WCC (World Council of Churches) in Genf traf. Außerdem nahm ECSIEP am Treffen des deutschen Pazifik-Netzwerks Anfang des Jahres in Kassel teil. Aktivitäten, die auch unter das Kernprojekt fallen, sind die Arbeit zu Fidschi und den Salomonen, sowie die Westpapua-Treffen. Dieses Jahr wurde ECSIEP auch darum gebeten, einen kurzen Abriss über Zivilgesellschaften im Pazifik vorzubereiten, der für eine Reise des Vertreters der Europäischen Kommission Poul Nielson in die Region gebraucht wurde.

Situation in Fidschi und den Salomonen

Seit dem Putsch in Fidschi am 19. Mai 2000 und der Eskalation ziviler Unruhen im Guadalcanal-Konflikt auf den salomonischen Inseln beobachtete ECSIEP die Situation mit großer Sorge. Beide Entwicklungen hatten großen Einfluss auf die Arbeit von ECSIEP. Durch das Internet sind Informationen über aktuelle Entwicklungen nahezu sofort verfügbar. Nach den ersten ethnischen Vorfällen 1999 auf den

Salomonen erstellte ECSIEP eine mailing-Liste zu diesem Thema. Im Mai 2000 wurde eine Liste bezüglich der Krise in Fidschi aufgestellt. Mit Hilfe dieser Listen versendet ECSIEP regelmäßig updates per Email zur Situation in Fidschi und den Salomonen, ein Service, der sowohl in Europa wie im Pazifik hoch geschätzt wird. Nebenbei ist ECSIEP dabei behilflich, Treffen mit pazifischen Inselbewohnern, die sich in Europa aufhalten, zu erleichtern. Dieses Jahr war Gideon Tuke von der Church Association der salomonischen Inseln (SICA) in den Niederlanden, um an einem Treffen teilzunehmen. ECSIEP half ihm, weitere Treffen mit europäischen NDGOs, der Europäischen Kommission und der Botschaft zu arrangieren, um mit ihnen über die Situation auf den salomonischen Inseln zu diskutieren und über Möglichkeiten, wie die europäischen Organisationen Hilfe leisten können.

Erste Internationale Solidaritätskonferenz zu Westpapua

Genau nach dem letzten EPS-Seminar letztes Jahr nahm Peter van der Vlies an der ersten internationalen Solidaritätskonferenz zu Westpapua in Denekamp, Niederlande, teil. Auch diese Konferenz wird mit einer weiteren Westpapua-Konferenz fortgesetzt; die Erfahrungen des letzten Jahres hatten eine bessere Koordination und die Verbindung beider Konferenzen zur Folge. (*Pavel Klinckhamers*, ECSIEP, übersetzt von Ortrun Alius)



Reisebericht aus Tahiti

Enttäuschte Hoffnungen, traditionelle Zeremonien und eine orangene Flutwelle Das Scheitern eines politischen Neuanfangs und die Suche nach der verlorenen polynesischen Identität

Vom 5. April bis zum 17. Mai unternahm ich eine Reise nach Französisch-Polynesien, um mich dort mit politischen und kulturellen Fragen auseinanderzusetzen. Seit Jahren interessiere ich mich intensiv für Kultur und Geschichte dieses Landes. Ich hatte es bereits vor zwei Jahren zum ersten Mal besucht, damals auf Einladung meines Freundes Gabriel Tetiarahi, des Vorsitzenden der NRO-Vereinigung *Hiti Tau*, den ich vorher in Deutschland kennen gelernt hatte. Durch ihn hatte ich die Möglichkeit, bei verschiedenen Einheimischen zu wohnen und dadurch sehr viel über das Land aus der Perspektive der *Maohi* (indigene Polynesier, die noch etwa drei Viertel der Bevölkerung stellen) zu erfahren. Dabei lernte ich neben vielen anderen Leuten auch den Gastgeber meiner diesjährigen Reise kennen.

Zu meiner zweiten Reise entschloss ich mich, um den Wahlkampf vor den dortigen Wahlen am 6. Mai zu beobachten und dadurch das politische Leben Französisch-Polynesiens noch besser kennen zu lernen. Ich nahm mir vor, mich vor den Wahlen mit den Vertretern aller wichtigen Parteien zu treffen, um sie über ihr Programm und ihre Vorstellungen über die Zukunft des Landes (u.a. über ihre Position zur Frage der Unabhängigkeit) zu befragen. Danach wollte ich bei möglichst vielen Wahlkampfveranstaltungen anwesend sein, um diese zu dokumentieren. Schließlich wollte ich die Durchführung der Wahl selbst beobachten, und dann am Ende noch einmal ein Gespräch mit allen Parteivertretern über ihre Interpretation des Ergebnisses führen. Auch wenn es mir nicht möglich war, diesen Plan konsequent und systematisch einzuhalten, so konnte ich doch das meiste erfahren, was mir wichtig war. Besonders günstig für mich war es, bei meiner letzten Reise Sunny Moanaura kennengelernt zu haben, bei dem ich dann die meiste Zeit wohnen konnte. Sein Haus liegt in Pirae, einem Vorort der Hauptstadt Papeete, am Eingang eines unbesiedelten Tals, somit also genau an der Grenze zwischen Stadt und Land. Dies

war optimal für mich, so dass ich schnell in die Stadt kam, um dort meine politischen Forschungen durchzuführen, gleichzeitig aber nahe an der Natur leben und Sunny fast täglich bei seiner landwirtschaftlichen Arbeit im Tal begleiten konnte. Auch für mein politisches Interesse war meine Bekanntschaft zu Sunny sehr nützlich, da er der stellvertretende Vorsitzende einer der oppositionellen Unabhängigkeitsparteien ist. Somit hatte ich durch ihn die Möglichkeit, die Oppositionsbewegung von innen kennenzulernen.

Mein Interesse für die Politik Französisch-Polynesiens begann vor sechs Jahren, als der französische Präsident Chirac die letzten französischen Atomtests anordnete. Damals hörte man viel von den Maohi, die gegen die Atomtests und für die Unabhängigkeit ihres Landes von Frankreich kämpften. Heute, mehr als ein halbes Jahrzehnt später, ist eine dieser Forderungen erfüllt: Frankreich hat seine Atomtests eingestellt, das internationale Teststopabkommen ratifiziert und alle Militäranlagen auf dem Testatoll Moruroa abgebaut (wovon ich mich selbst überzeugen konnte, da ich Moruroa auf einem Flug von Tahiti nach Mangareva überflogen habe). Die zweite Forderung der damals Protestierenden, die Unabhängigkeit von Frankreich, ist dagegen noch nicht eingetreten. Dennoch hat sich vieles verändert, manches zum Guten, aber auch vieles zum Schlechten. War bis zum Ende der Atomtests die französische Verwaltung der unantastbare Herr im Hause, so nimmt sie heute mehr und mehr die Rolle eines passiven Beobachters ein. Die reale Macht wird dagegen zunehmend von der autonomen Territorialregierung unter ihrem Präsidenten Gaston Flosse (trotz seines französischen Namens ein Maohi) ausgeübt. Dies klingt nach einer Demokratisierung, bedeutet aber leider eher das Gegenteil. Flosse, der lokale Vertreter der gaullistischen Partei RPR und persönlicher Freund von Chirac, wurde von Frankreich in den letzten 30 Jahren systematisch als politische Führungsfigur aufgebaut, um einen verlässlichen Partner zu haben, der die reibungslose Durchführung der Atomtests garantierte. Heute, nach deren Ende, hat sich Flosse politisch verselbständigt und ist dabei, ein autoritäres Regime aufzubauen. In den letzten Jahren wurden diese Absichten immer klarer ersichtlich: Flosse ließ gigantische Repräsentationsbauten errichten, unter anderem seinen neuen Präsidentenpalast für ca. 50 Millionen DM (siehe Bild); außerdem wurde eine Flosse direkt unterstellte Miliz, die GIP (Interventionsgruppierung des Präsidialamts) gegründet, die zunehmend öffentliche Gebäude anstelle



der Polizei bewacht. Zudem brachte er im französischen Parlament eine Gesetzesvorlage ein, die Französisch-Polynesien unter dem Namen Tahiti Nui zu einem quasi souveränen Staat in freier Assoziierung mit Frankreich machen und somit die letzten Einschränkungen seiner Macht durch französische Gesetze beseitigen würde.

Für die Unabhängigkeitsbewegung hat sich aus all dem ein eigenartiger Sinneswandel ergeben: Nicht mehr Frankreich und dessen politische Vertreter sind der zu bekämpfende Gegner, sondern Gaston Flosse und sein korruptes Regime. Die Repräsentanten Frankreichs werden sogar als Verbündete gesucht. Dies führte zu der paradoxen Situation, dass während der letzten Wahl die Unabhängigkeitsbewegung offiziell von der derzeit in Paris regierenden sozialistischen Partei unterstützt wurde, die hoffte, damit dem oppositionellen RPR eine seiner Hochburgen abjagen zu können.

Es war jedoch von Anfang an klar, dass es nicht leicht sein würde, Flosse zu schlagen. Seit 1982 hatte seine Partei stets die Wahlen gewonnen, und zwar jedes Mal mit höherem Stimmenanteil. Das Prinzip, mit dem er immer mehr Wähler an sich bindet ist einfach: Frankreich zahlt Geld an Flosses Regierung,

und diese verteilt es in Form von überbezahlten und größtenteils unnötigen Verwaltungsjobs sowie Geschenken, Zuschüssen und Subventionen, die sich jeweils vor den Wahlen häufen, ans Volk. Dies mag für Flosses Machterhalt sinnvoll sein, für die Entwicklung des Landes ist diese Wirtschaftsweise dagegen katastrophal: Seit der Zeit der Atomtests ist die einheimische Wirtschaft vollkommen von Frankreich abhängig, und anstatt zu versuchen, aus dieser Abhängigkeit langsam herauszukommen, wird sie durch diese Politik der Geldverteilung immer weiter verstärkt. Wie schwer es Leute haben, die sich bewusst von diesem System abwenden und selbständig mit den Ressourcen des Landes wirtschaften wollen, wurde mir am Beispiel meines Freundes Gabriel deutlich. Gabriel hat das Pech, aus einer Familie zu stammen, die im Laufe der Geschichte ihr Land verloren hat. Aufgrund seiner politisch oppositionellen Haltung lehnte er ihm angebotene Ämter ab und baute statt dessen mit seiner NRO



Hiti Tau eine landwirtschaftliche Kooperative auf, die vor allem Vanilleanbau betreibt (siehe Bild). Bei den üblichen extrem hohen Grundstückspreisen war es sehr schwierig, überhaupt an ein Grundstück zu kommen und durch die gleichfalls sehr hohen Lebenshaltungskosten ist es für ihn sehr hart, sich und seine Familie zu ernähren. Im Vergleich zum letzten Mal hatte ich den Eindruck, dass es sogar noch schlimmer geworden ist, da viele seiner damaligen Mitstreiter inzwischen vom Flosses Regierung Arbeitsplätze erhielten und Gabriel seitdem bis auf

einige wenige Freunde praktisch allein mit seinen Pflanzungen ist und rund um die Uhr arbeiten muss.

Die oppositionellen Parteien, unter ihnen das Unabhängigkeitsbündnis unter der Führung von Oscar Temaru, bei dem auch mein Gastgeber Sunny mitwirkt, machten sich große Hoffnungen, diesmal endlich mit Hilfe der Unterstützung der französischen Sozialisten die Wahlen gegen Flosse gewinnen und gemeinsam eine Koalitionsregierung bilden zu können. Doch es war eigentlich bereits vorher klar, dass nur eine Minderheit von politisch Interessierten durchschaut, wie Flosse die Zukunft ihres Landes verbaut, während die Mehrheit sich nach wie vor vom Geldsegen der Regierung begeistern lässt. Hinzu kommt, dass neben den beiden großen Parteien mehrere kleine opportunistische Parteien bestehen, die viele oppositionellen Stimmen praktisch wertlos machten, da die meisten an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.



Spätestens am Wahltag wurde mir klar, dass die Opposition gegen Flosse keine Chance hat. Im Gegensatz zu westlichen Ländern ist es nämlich in Tahiti üblich, den Wahlkampf bis in die Wahllokale zu tragen. Vor den Wahlkabinen tummeln sich den ganzen Tag die Parteimitglieder des jeweiligen Wahlbezirks und zeigen durch das Tragen von T-Shirts in den Farben ihrer Partei und das Schwenken ihrer Parteifahnen Präsenz (siehe Bild). Vor fast allen Wahllokalen gingen die wenigen blauen Farbenträger (Farbe von Oscar Temarus Unabhängigkeitsbewegung) in einem Meer von orangenen Farbenträgern (Farbe der

Partei von Flosse) unter. Jedem noch unentschlossenen Wähler wurde damit ein deutliches Zeichen gesetzt. Als am Abend die Stimmen ausgezählt wurden gab es keinen Zweifel mehr: Das Land wurde mit einem noch höheren Stimmenanteil als bei der letzten Wahl von der „orangenen Flutwelle“ (Zitat

von Gabriel) überschwemmt: Flosse gewann mit 28 von 49 Sitzen im Territorialparlament die absolute Mehrheit, die Unabhängigkeitsbewegung stagnierte bei 13 Sitzen.

Die Enttäuschung bei der Opposition war niederschmetternd. Doch immer mehr Leuten wird klar, dass es praktisch unmöglich ist, Flosse allein durch politische Kampagnen vor Wahlen zu schlagen. Vorher muss den Leuten erst einmal der Wert ihrer eigenen traditionellen Lebensweise und Kultur, der von Frankreich systematisch zerstört wurde, wieder vermittelt werden. Gabriel beispielsweise versucht dies seit Jahren mit den landwirtschaftlichen Projekten seiner Organisation *Hiti Tau*. Er geht sogar so weit, politisches Engagement grundsätzlich abzulehnen und sich ausschließlich der NRO-Arbeit zu widmen. Sunny dagegen versucht, die beiden Ebenen zu verknüpfen. Neben seiner Mitarbeit in der Unabhängigkeitsbewegung hat er mit seinen Freunden auch eine NRO gegründet, mit dem Namen *Te Hivarereata*. Deren Programm geht von der polynesischen Kultur aus, die im vollen Umfang wiederhergestellt werden soll. Auf dieser Basis soll dann auch zu traditionellen Wirtschaftsformen zurückgefunden werden. Unter polynesischer Kultur versteht Sunnys Bewegung zunächst vor allem die traditionelle Religion, die von den christlichen Missionaren im 19. Jahrhundert zerstört worden war. Sunny sieht in der Missionierung den Anfang der Zerstörung polynesischer Identität und damit den Beginn der kolonialen Unterdrückung seines Volkes. Er ließ einen verfallenen *Marae* (altpolynesischen Tempel) in seinem Tal wiedererrichten (siehe Bild) und versucht jetzt, nach und nach zu den traditionellen Kultformen zurückzufinden. Während meines Aufenthalts hatte ich die Gelegenheit, an mehreren solchen Zeremonien teilzunehmen, bei denen Fruchtopfer an die Götter gegeben, Gebete gesprochen und Kava (ein traditionelles polynesisches Getränk, das in vielen Gebieten des Pazifiks üblich ist, aber in Tahiti seit der Missionierung nicht mehr bekannt war) getrunken wurde.



Allerdings wird es diese religiöse Erneuerungsbewegung schwer haben, die Mehrheit der Maohi zu gewinnen, denn die meisten sind tief im Christentum, vor allem in der protestantischen Kirche, die auf die ersten englischen Missionare zurückgeht, verwurzelt. Sie sehen das Christentum, dem sie seit mehreren Generationen angehören, als Teil ihrer Maohi-Identität. Gerade Oscar Tamarus Unabhängigkeitsbewegung identifiziert sich stark mit dem christlichen Glauben, was so weit geht, dass sie ein Kreuz mit der Inschrift „*Te Atua ta'u Fatu*“ (Gott ist mein

Herr) als Parteiemblem führt.

Aber auch in den Kirchen finden sich immer mehr Stimmen, die polynesischer Kultur, die vorchristliche eingeschlossen, zu bewahren. Auf Mangareva beispielsweise, mit 1.600 km Entfernung von Tahiti die abgelegenste Insel Französisch-Polynesiens, betreibt der dortige katholische Priester ein ehrgeiziges Projekt: Ein kleines Museum wurde errichtet, in dem die wenigen Objekte, die aus der vorchristlichen Kultur dieser Insel noch erhalten sind, ausgestellt werden sollen, damit die Leute vor Ort ihre eigene Geschichte und Kultur kennenlernen können. Diese Gegenstände (Götterfiguren, Sakral- und Alltagsgeräte) wurden aber alle im 19. Jahrhundert von Missionaren nach Europa geschafft und lagern heute größtenteils in Rom, in den vatikanischen Sammlungen sowie in den Archiven des Ordens der damaligen Missionare, dem auch der heutige Priester angehört. Jetzt bemüht er sich, von seinen Oberen die Genehmigung zu bekommen, diese Kulturobjekte an ihren Ursprungsort zurückzuführen. Als ich vor einem Jahr in der Sammlung dieses Ordens ein Praktikum machte, lernte ich diesen Priester kennen und hatte so die Möglichkeit, von Tahiti aus auch seine Insel zu besuchen.

Vor Ort wurde mir um so klarer, wie wichtig dieses Vorhaben für die Erhaltung der einheimischen Kultur sein wird, denn die Missionare haben dort so gründlich gearbeitet, dass es praktisch überhaupt keine Spuren der vorchristlichen Zeit mehr gibt. Auch ist die einheimische mangarevanische Sprache dabei, zu verschwinden und durch Tahitianisch ersetzt zu werden, wobei dieses wiederum in ganz Französisch-Polynesien langsam vom Französischen verdrängt wird. Auch auf diesem Gebiet muss viel getan werden, zum Beispiel durch die längst überfällige Erklärung des Tahitianischen und der polynesischen Regionalsprachen zu Amtssprachen, wenn die Maohi ihre Identität erhalten wollen.

Um meine Eindrücke zusammenzufassen: Die Hoffnung vieler Maohi auf einen politischen Wechsel und die damit verbundenen Chancen einer nachhaltigen Entwicklung ihres Landes wurden bitter enttäuscht und in einer alles erdrückenden „orangenen Flutwelle“ der Klientelpolitik ertränkt. Gleichzeitig erlebte ich aber auch, wie viele Maohi individuell versuchen, zu ihren kulturellen Wurzeln zurückzufinden und dem Kulturverlust durch die zunehmende Materialisierung entgegenzutreten. Man kann nur hoffen, dass diese Leute es schaffen, irgendwann einmal die Mehrheit ihres Volkes zu überzeugen, bevor es zu spät ist und ihr Land zu einer kulturell entwurzelten Bananenrepublik verkommt.

Lorenz Gonschor, Tübingen

Über den Autor: Lorenz Gonschor ist unterstützendes Mitglied der Unabhängigkeitspartei Tavini Huiraatira no Te Ao Maohi von Oscar Tamaru. Das Parteiprogramm sowie weitere Informationen zu Französisch-Polynesien stellte er erstmals im Rahmen des diesjährigen Kirchentages in Frankfurt der Öffentlichkeit vor. Der Tübinger Ethnologiestudent ist Mitglied im Pazifik-Netzwerk und hat sich als kompetenter Ansprechpartner für die politische Situation in Tahiti etabliert. Lorenz kann über die Email-Adresse LorenzGonschor@web.de kontaktiert werden.



Bericht aus Australien

Die australische Flüchtlingspolitik im pazifischen Raum

Australien geriet nach den Olympischen Spielen im Sommer 2000 erst Ende August diesen Jahres wieder in den Blickpunkt deutscher und internationaler Berichterstattung. Dieses Mal jedoch wegen eines Ereignisses, das international Empörung hervorrief: Am 26. August geriet ein Boot mit 433 Flüchtlingen plus max. fünf Besatzungsmitgliedern, das von Indonesien auf dem Weg nach Australien war, in Seenot und drohte im Indischen Ozean, ungefähr 150 km nördlich von Christmas Island (Australien), zu sinken. Das norwegische Frachtschiff *Tampa* befand sich in der Nähe und wurde von den australischen Behörden gebeten, die Menschen zu retten. Danach begann ein tagelanges Tauziehen zwischen der australischen Regierung und dem Kapitän des Frachters, um Hilfeleistungen seitens der australischen Regierung und um die Erlaubnis, dass die Menschen australisches Territorium (Christmas Island) betreten dürfen.

Wahlen in Australien

Am 10. November 2001 hat die konservative Koalition unter Premierminister John Winston Howard die Wahlen zum australischen Bundestparlament gewonnen. Dies ist nun seine dritte Amtszeit in Folge. Sei-

ne liberal-nationale Koalition hat wahrscheinlich 80 der 150 Sitze gewonnen, die Labor-Party kommt auf ungefähr 67 Sitze und 3 Sitze wurden von unabhängigen Kandidaten gewonnen. Die Auszählung der Stimmen beansprucht immer mehrere Tage, da es sich in Australien um das absolute Mehrheitswahl-system in Einerwahlkreisen handelt, das die sogenannte „alternative vote“ bzw. „preferential vote“ benutzt. Der Wähler gibt auf dem Wahlzettel seine erst, zweit, dritt usw. Wahl an, je nachdem wie viele Kandidaten zur Wahl stehen. Er muss allen Kandidaten eine Präferenz zuteilen.

Die Medienberichte sind sich einig, dass Howard durch seine Flüchtlingspolitik in den letzten Wochen die Wahlen gewinnen konnte, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die Labor-Partei keine Alternative in diesem Politikbereich gewesen wäre, da sie Howards Entscheidungen mitgetragen hat und keine Opposition bildete. Da es keinen Regierungswechsel gab und die australische Bevölkerung mit der Wiederwahl Howards dessen Politik guthieß, ist keine Abänderung wahrscheinlich, sondern eher eine Verschärfung der Flüchtlings- und Asylpolitik zu erwarten.

Hintergrundinformation zur australischen Flüchtlings- und Asylpolitik in Australien

Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere nach Australien einreisen, werden dort zwangsweise inhaftiert. Eine entsprechende Gesetzgebung untersagt es den Gerichten, die Freilassung der Flüchtlinge anzuordnen. So wurden im Jahre 2000 mehr als 2.940 tausend Bootsflüchtlinge, unter ihnen 500 Kinder, auf der Grundlage des Einwanderungsgesetzes inhaftiert. Hunderte von Flüchtlingen wurden in Zelten und anderen Behelfsunterkünften in entlegenen Gebieten Australiens untergebracht. Die nationale Menschenrechts- und Gleichstellungskommission (*Human Rights and Equal Opportunity Commission*) ging Vorwürfen der Misshandlung sowie unterlassener medizinischer Hilfeleistung nach. Die UN Arbeitsgruppe über willkürliche Inhaftierungen jedoch musste ihre Pläne zum Besuch der Flüchtlingslager in Australien im September 2000 fallenlassen, da die Regierung ihr keine Besuchsgenehmigung erteilte. Das *Joint Standing Committee on Migration* des australischen Senats und Parlamentes konnte jedoch Ende 1999 und zu Beginn des Jahres 2000 alle neun Inhaftierungslager in Australien besuchen und die Infrastruktur und die Serviceleistung begutachten. Im Juni 2001 wurde ihr Bericht "Not the Hilton" dem Parlament vorgestellt (Internet: www.aph.gov.au/house/committee/mig/index.htm). Dieser zeigt Probleme in den einzelnen Lagern auf, kommt aber im allgemeinen zum Ergebnis, dass die Leitung der Lager professionell ist, die Ausstattung der Lager adäquat ist und dem unterschiedlichen kulturellen Hintergründen der Inhaftierten Rechnung getragen wird.

Auch das Gebot, keine Flüchtlinge in Länder abzuschicken, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht (Gebot des *non-refoulement* der Genfer Flüchtlingskonvention), findet in Australien nicht die notwendige Beachtung. 1999 wurde eine Chinesin, die ihr zweites Kind erwartete, im 8. Monat der Schwangerschaft nach China abgeschoben. Kurz nach ihrer Ankunft dort wurde die Frau zur Abtreibung gezwungen. Im Januar 2000 wurde ein 32-jähriger algerischer Asylbewerber abgeschoben, obwohl ein schriftliches Ersuchen des UN Ausschusses gegen Folter vorlag, ihn nicht abzuschicken, solange der Ausschuss den Fall noch untersuche. Die australische Regierung vertrat die Auffassung, sie sei nicht „verpflichtet“, solchen Ersuchen der UN zu entsprechen.

Im Juni 2000 beschäftigte sich ein Bericht des australischen Senats mit dem Versäumnis der Regierung, abgelehnten Asylbewerbern Schutz in Übereinstimmung mit der UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Konvention über die Rechte des Kindes zu gewähren. Der Bericht empfahl, dass bestimmte Regierungsbeamte nicht zugleich Mitglied der Berufungsinstanz sein sollten, die über abgelehnte Asylanträge entscheidet. Drei UN-Vertragsgremien veröffentlichten Stellungnahmen bezüglich der von Australien eingegangenen Verpflichtungen gegen-

über Asylbewerbern. Der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung empfahl die »getreue« Umsetzung internationalen Flüchtlingsrechts. Der UN-Menschenrechtsausschuss empfahl eine Änderung der im Einwanderungsgesetz zwingend vorgeschriebenen Inhaftierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Der UN-Ausschuss gegen Folter stellte in Situationen, in denen eine Person im Falle ihrer Abschiebung von Folter gefährdet wäre, einen »offensichtlichen Mangel an Berufungsmöglichkeiten gegen die Entscheidung der Behörden« fest.

Die „pazifische Lösung“ der australischen Flüchtlings- und Asylpolitik

Mit der „Tampa-Krise“ begann die Politik der „pazifischen Lösung“ des Flüchtlings- und Asylproblems, vor dem sich Australien stehen sah. Am 29. August enterten australische Soldaten den Frachter *Tampa*, als er sich in Richtung Christmas Island bewegte und sich somit in australischen Gewässern befand, um die australischen Behörden zu bitten, die Krise zu lösen. Die Soldaten sollten u.a. sein Anlegen verhindern. Die Alternative nach Indonesien zu fahren, gab es nicht, da auch die indonesischen Behörden dem Schiff die Anlegeerlaubnis verweigerten.

Zu diesem Zeitpunkt rief Amnesty international die erste von drei Eilaktionen ins Leben, da die Organisation befürchtete, dass die Menschen an Bord in Länder zurückgeschoben werden könnten, in denen sie in Gefahr sind, gefoltert und getötet zu werden. Auf der Grundlage von Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist Australien verpflichtet, keinen Flüchtling in ein Land auszuweisen oder zurückzuweisen, in dem sein Leben oder seine Freiheit bedroht sein würde. Die meisten der Bootsflüchtlinge sollten aus Afghanistan stammen, einige von ihnen aus Sri Lanka, dem Irak und Pakistan. Viele der Flüchtlinge sind aus diesen Ländern vor Verfolgung durch ihre Regierung und schweren Menschenrechtsverletzungen geflohen. In den vergangenen Jahren haben die australischen Behörden anerkannt, dass viele Flüchtlinge aus Afghanistan internationalen Schutzes bedürfen. Die Behörden haben deshalb über 80 Prozent der afghanischen Asylsuchenden den Flüchtlingsstatus gewährt.

Die männlichen Bootsflüchtlinge befanden sich seit dem 28. August 2001 im Hungerstreik und hatten damit gedroht, über Bord zu springen, falls die australischen Behörden sie nach Indonesien schicken. Viele der Flüchtlinge litten an Ruhr, Krätze und Durchfall. Die australischen Behörden hatten durch das Entern des Schiffes durch Soldaten medizinische Versorgung und Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt.

Laut Angaben der norwegischen Behörden war der Frachter nicht in der Lage, nach Indonesien oder in eine andere Richtung zu fahren, weil nicht genügend Rettungsboote und Nahrungsmittel an Bord vorhanden waren.

Am 3. September 2001 wurden die Asylsuchenden auf das australische Marineschiff *Manoora* gebracht, das sie nach Papua-Neuguinea bringen sollte, dieser Plan scheiterte jedoch. Die 433 Asylsuchenden vom norwegischen Frachter *Tampa* wurden dann mit dem Schiff der australischen Marine zur Pazifikinsel Nauru gebracht, wo ihre Asylanträge vom UNHCR geprüft werden sollen. Weitere 237 Asylsuchende, deren Schiff in australischen Hoheitsgewässern aufgegriffen wurde, sind ebenfalls nach Nauru gebracht worden. Amnesty international befürchtete, dass diese Gruppe, zu der auch Kinder gehören, unter schlechten Bedingungen untergebracht werden und dass man ihnen Informationen über ihre Rechte vorenthält sowie Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Rechtsbeistand verweigert. Am 17. September 2001 hob das australische Bundesgericht (Federal Court of Australia) infolge eines Rechtsmittels der australischen Behörden den Gerichtsbeschluss auf, dem gemäß die Asylsuchenden nach Australien gebracht werden sollten. Medienberichten zufolge weigerte sich ein Teil der Asylsuchenden in Nauru an Land zu gehen. Soweit bekannt, haben die Flüchtlinge dort keinen Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung bezüglich ihres Asylantrags und ihre Rechte gemäß nationaler und internationaler Rechtsprechung.

Jene Flüchtlinge, die in Nauru von Bord gingen, wurden in einem provisorischen Internierungslager untergebracht, das noch im Bau ist. Es wird auf einem Stück Ödland ohne Wasser- und Stromzufuhr errichtet. Pressemeldungen zufolge soll das Lager von einem Sicherheitszaun umgeben werden, und die Flüchtlinge dort sollen von einem privaten australischen Sicherheitsunternehmen bewacht werden. Seitdem das Frachtschiff *Tampa* wegen der Flüchtlinge an Bord daran gehindert wurde, einen australischen Hafen anzulaufen, sind Boote mit mehreren Hundert weiteren Asylsuchenden ebenfalls vor der australischen Küste abgefangen worden. Die Regierung Australiens hat erklärt, den Flüchtlingen kein Recht einräumen zu wollen, in Australien einen Asylantrag zu stellen. Die Lage der Bootsflüchtlinge ändert sich derzeit sehr schnell und die weitere Entwicklung lässt sich noch nicht absehen. amnesty international weist mit Besorgnis darauf hin, dass noch nicht klar ist, was mit den Bootsflüchtlingen auf Nauru passieren wird, ob sie dort inhaftiert werden und unter welchen Bedingungen sie dort leben werden. Auch ist bislang nicht bekannt, wie lange sie dort bleiben sollen. Nauru gehört weder zu den Vertragsstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch der meisten anderen internationalen Menschenrechtsabkommen und ist erst seit 2000 Mitglied der UN. Aufgrund des umfassenden Phosphatabbaus sind 90 Prozent der nur 21 Quadratkilometer großen Insel nicht bewohnbar. Der Inselstaat ist zur Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung von Importen aus Australien, darunter Trinkwasser, abhängig. Es ist außerdem nicht bekannt, welche Behörde für die Prüfung der Asylanträge und die Entscheidungen darüber zuständig sein soll. Offen ist auch, welche nationalen Gesetze und Verfahren angewandt werden sollen. Außerdem ist bislang nicht geklärt worden, ob die Anträge in einem fairen und umfassenden Asylverfahren geprüft werden, wozu der Zugang zur Beratung durch unabhängige Rechtsexperten, ein kompetenter Dolmetsch-Dienst und die Möglichkeit, Rechtsmittel bei einer unabhängigen Behörde einzulegen, gehören.

Seit dem 26. August sind weitere - mehr als 1.360 - Bootsflüchtlinge in die Nähe australischer Gewässer oder in australische Gewässer (nahe Christmas Island oder Ashmore Reef) gekommen und entweder von der Marine aufgegriffen oder zur Umkehr gezwungen worden. Am 26. September verabschiedete das australische Parlament ein Paket von Gesetzen, das u.a. die Christmas Island und das Ashmore Reef aus dem australischen Territorium ausklammert, wo man das Recht hat, Asyl in Australien zu beantragen. Damit haben die australischen Behörden dem größten Teil der Flüchtlinge die Chance genommen, in Australien Asyl zu ersuchen, da die wenigstens bis zum eigentlichen Festland kommen. Seitdem es die Einigung zwischen Nauru und Australien zur Aufnahme der Flüchtlinge der *Tampa* und einiger anderer Flüchtlinge gibt, hat sich auch Papua-Neuguinea zur Aufnahme einiger Flüchtlinge bereit erklärt. Sie werden auf der abgelegenen Insel Mundus, in einem ehemaligen Militärstützpunkt untergebracht. Des Weiteren befinden sich einige aufgegriffene Flüchtlinge auf Christmas Island. Was mit den Flüchtlingen geschehen wird, ist unklar. Bis jetzt ist nur eine Gruppe von 150 Personen, die zu den „*Tampa*-Flüchtlingen“ gehörten, nach Neuseeland ausgeflogen worden, da sich Neuseeland bereit erklärt hatte, diese aufzunehmen und ihnen dort Zugang zum Asylverfahren zu gewähren. Inzwischen haben sich auch andere Pazifikstaaten gemeldet, die Interesse haben, Übergangslager zu Verfügung zu stellen und Medienberichten zufolge, zieht die australische Regierung diese „pazifische Lösung“ in Erwägung. Der Außenminister Alexander Downer hat angekündigt, dass er bis Ende des Jahres folgende Staaten besuchen wird, um mit ihnen darüber zu reden: Nauru, Solomon Inseln, Fiji und Papua-Neuguinea sowie eventuell Kiribati. Für diese Staaten dürfte dieser Handel von großem Interesse sein, da Australien das entsprechende Geld zur Verfügung stellen könnte/würde, das diese Länder brauchen. Die offene Frage, die bleibt, ist jedoch, was mit den Menschen geschieht, die dort hingbracht werden.

amnesty international bemüht sich, diese Entwicklung zu verfolgen und notfalls durch Aktionen auf Entwicklungen einzuwirken und darauf zu drängen, dass den Flüchtlingen der Weg zu einem fairen A-

syilverfahren eröffnet und der nötige Schutz zu Teil wird. Die Situation ist für amnesty international wie für alle anderen Menschenrechts- und Asylorganisationen schwer einzuschätzen, da Australien das erste Land ist, das solch einen „Handel mit Flüchtlingen“ betreibt. Die internationalen Verträge und Schutzmechanismen haben solch einen Fall nicht bedacht.

Dorthe Breucking, Sprecherin der Australien & Neuseeland Koordinationsgruppe von amnesty international Deutschland, 53108 Bonn

Informationen zu diesem Thema:

amnesty international:

Bericht: Australia. A Continuing Shame: The mandatory detention of asylum-seekers, AI Index: AUS/POL/REF, June 1998 (ai Australien)

Eilaktion: UA-EX-058/2001, AI-Index: ASA 12/003/2001, Datum: 29.08.2001

Eilaktion: UA-Nr: UA-EX-058/2001-1, AI-Index: ASA 12/006/2001, Datum: 06.09.2001

Eilaktion: UA-Nr: UA-EX-058/2001-2, AI-Index: ASA 12/009/2001, Datum: 18.09.2001

<http://www.amnesty.de/berichte/index.html> (deutsche amnesty Seite)

<http://www.amnesty.org/ailib/index.htm> (internationale amnesty Seite)

<http://www.amnesty.org.au> (australische amnesty Seite)

Andere Quellen im Internet:

<http://www.hreoc.gov.au> (Australian Human Rights and Equal Opportunity Commission)

<http://www.theage.com.au/issues/stranded/> (The Age, Tageszeitung aus Melbourne)

<http://www.smh.com.au/news/specials> (The Sydney Morning Herald, Tageszeitung aus Sydney)



Tagungsberichte

Die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV)

„Verflechtungen. Ethnologische Perspektiven zu Gesellschaften im Prozess weltweiter Transformationen“ (7. bis 10. Oktober 2001 in Göttingen)

Ein Bericht über eine Tagung mit 24 workshops und ca. 120 Vorträgen (!) kann notwendig nur auf wenige ausgewählte Aspekte eingehen. Sehr viele Arbeitsgruppen fanden parallel statt, und meist wollte man sich zwei- oder vierteilen, um an mehreren gleichzeitig teilnehmen zu können oder nebenher noch Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, die man lange nicht mehr gesehen hat oder gerne persönlich kennen lernen wollte. Auch die heute so schnelle und einfache elektronische Kommunikation kann direkte Begegnungen und Gespräche nicht ersetzen. Gespräche am Rande haben mir, wie für solch große Tagungen wohl typisch, am meisten gebracht. Allerdings war das Ambiente, ein fensterloser, vollklimatisierter Universitätsneubau, ohne halbwegs gemütlichen oder angenehmen café-artigen Aufenthaltsbereich als Ort der Kommunikation nicht gerade geeignet. Das ist nicht den VeranstalterInnen anzulasten, es ist ein Problem von Massentagungen in Massenuniversitäten mit Gebäuden für Massen - und nicht für Menschen.

Im Folgenden wird meine selektive Darstellung sich auf solche Aspekte beschränken, die für Pazifik-Interessierte wichtig sind, und solche, die mir selbst bemerkenswert erschienen.

1. Gründung der Regionalgruppe Ozeanien

Wenn man das Interesse an einem Thema oder einer Region an den gehaltenen Vorträgen misst, dann ist das Interesse an der Region Ozeanien sehr groß. Es waren acht Vorträge angesetzt, die an einem Nachmittag innerhalb von drei Stunden gehalten werden sollten. Natürlich dauerte alles länger - eingeschlossen die 'Gründungsversammlung' der Regionalgruppe, die sich direkt an die Vorträge anschloss. Zwei Vorträge waren nicht einmal in das Programm aufgenommen worden, weil die Vorschläge erst nach dem Anmeldeschluss für Vorträge eingegangen waren, was bei den Betroffenen auf Empörung stieß. Grundsätzlich muss man sich allerdings wohl überlegen, ob man ein solches Programm überhaupt in dieser Art abwickeln sollte und nicht eher versucht, andere Möglichkeiten der Kommunikation zu finden. Etwa nur kurze Vorstellungen zu Person und Forschungsgebiet und dann Diskussion zu ausgewählten Themen, die alle Ozeanien-Interessierten beschäftigen, oder Ähnliches.

Alle Ozeanisten bewiesen aber zähes Sitzfleisch und so wurde abends dann die 'RG' gegründet. Torsten Hanf ist zum Leiter gewählt worden. Weitere Aktivitäten werden über seinen E-mail-Verteiler bekannt gegeben. Wer Interesse hat, kann sich direkt an ihn wenden (Email: hanf@zedat.fu-berlin.de).

2. Hauptvorträge zu „Verflechtungen. Ethnologische Perspektiven zu Gesellschaften im Prozess weltweiter Transformationen“

Zum 'Stand der deutschen Ethnologie': Wie eingangs schon erwähnt, sind die Interessen sehr vielfältig und teilweise unübersichtlich. Das Oberthema der Tagung, 'Verflechtungen', gibt sicher eine wichtige Tendenz und Notwendigkeit der Fokussierung des ethnologischen Blicks wieder. Die Globalisierung, Vernetzung, interethnische bzw. inter- oder transkulturelle Beziehungen beschäftigen Ethnologen seit mehreren Jahren und werden sicher in den nächsten Jahren noch relevant sein.

Zu diesem Thema ist bereits sehr viel gearbeitet worden und es bildet den Schwerpunkt vieler Projekte und Institute. Vor diesem Hintergrund waren allerdings eine Reihe an Vorträgen (ich habe nur einen Teil gehört) sehr enttäuschend. Da wurden in einzelnen Vorträgen in jedem Satz Worthülsen wie 'Globalisierung', 'Lokalisierung', 'Modernität', 'Identität', 'Repräsentation', etc. benutzt. Worthülsen deshalb, weil sie nicht mit Inhalten gefüllt wurden, weil ihr Wirklichkeitsbezug unklar blieb und offensichtlich sogar unwichtig war. Meist waren diese Vorträge auch noch gespickt mit möglichst vielen Fremdwörtern. Wortgeklingel um des Klanges willen.

Allerdings habe ich zwei Ausnahmen gehört - wahrscheinlich gab es noch mehr, bei denen ich nur nicht anwesend war. Die eine Ausnahme war der Vortrag von Judith Schlehe. Sie stellte die Bedeutungen und Probleme transkultureller Geschlechterbeziehungen am konkreten Beispiel von Beziehungen zwischen indonesischen Männern und Europäerinnen dar. Die zweite Ausnahme war der Vortrag von André Gingrich, der aus aktuellem Anlass Entwicklungen und Stellungnahmen verschiedener Seiten seit dem 11. September analysierte. Im Kanon der häufig undifferenzierten Äußerungen zum Thema war dies ein klarer und kenntnisreicher Vortrag eines Islamspezialisten, der verdeutlichte, dass eine Wissenschaft wie die Ethnologie auch und gerade in aktuellen politischen Auseinandersetzungen etwas zu bieten hat.

3. Göttingen und die (alt-)68er

Von vielen (mich eingeschlossen) wurde mit Vergnügen am Exotischen ein Vortrag über die letzte Göttinger Tagung der DGV im Jahr 1969 konsumiert. Ulrich Braukämper hat ehemalige Teilnehmer dieser 'legendären Tagung' schriftlich befragt und die Antworten unter dem Titel: 'Trauma einer Ethnologen-Generation? Die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde in Göttingen 1969' zusammengefasst. Eine ganze Reihe der früheren Protestler, von denen einige anwesend waren, sind die Professo-

ren von heute. Von den damals als 'etabliert' geltenden, angegriffenen Personen war keine dabei. So schien mir dieser Vortrag auch ein wenig ein Treffen derjenigen gewesen zu sein, die doch mit Freude bzw. voll Nostalgie an bessere Tage und turbulenteren Zeiten in ihren jüngeren Jahren zurückdachten. Mir, wie wahrscheinlich auch anderen, die in den sechziger Jahren erst geboren wurden, klangen die Aktivitäten von damals eher wie etwas merkwürdiger und unbeholfener Klamauk. Auch die von Braukämper zitierten sorgenvollen Briefe, die Professoren vor der Tagung darüber austauschten, was an ihren Instituten derzeit los sei und was sie wohl auf der Tagung zu erwarten hätten, klangen aus der zeitlichen Distanz komisch. Die beschriebenen Aktivitäten, die Studierende damals tatsächlich entfalteten von 'sit-ins' über 'go-outs', mit Redebeiträgen gegen den Völkermord in Südamerika und Plänen für den Umsturz der deutschen Ethnologie - notfalls mit physischer Gewalt - wirkten komisch, wenn man die heute gemäßigten Stimmen der Schreihälse von damals kennt.

Allerdings lernen Ethnologen, dass es eigentlich nicht bei so einem exotisierenden Blick von außen bleiben sollte, und man den Versuch machen sollte, die Aktivitäten und Argumente von innen heraus zu verstehen. Das ist mir in diesem Fall allerdings nicht gelungen - mir ist auch nicht klar geworden, was eigentlich wirklich in der deutschen Ethnologie durch diese Tagung verändert worden ist. Aber solch ein ethnologischer Blick auf die jüngere eigene Geschichte, lässt sich wohl auch kaum in einem 20minütigen Referat vermitteln.

Bettina Beer, Hamburg

Die Zweite Internationale Solidaritätskonferenz zu Westpapua

Vom 15. bis 17. Oktober fand in Neuendettelsau die zweite internationale Solidaritätskonferenz zu Westpapua statt. Dies war direkt im Anschluss an das diesjährige Europäisch-Pazifische Solidaritätsseminar, wodurch vielen Anwesenden ermöglicht wurde, an beiden Veranstaltungen teilzunehmen. Anwesend aus Westpapua waren John Rumbiak und Paula Makabory von der Menschenrechtsorganisation ELSHAM sowie Roberth Mandosir von der Umweltschutzorganisation YALI. Die meisten westpapuanischen Teilnehmer waren jedoch aus dem Exil in aller Welt angereist. Aus Australien waren die OPM-Aktivisten John Otto Ondawame (auch Mitglied des Papua-Präsidiums und Dozent an der Universität von Sydney) und Rex Rumakiek gekommen, aus den Niederlanden Ottis Simopiaref, aus Irland Sem Karoba, sowie Henk Rumbewas, der zur Zeit in Osttimor für die UN-Verwaltung arbeitet, und Pater Neles Tebay aus Rom.

Aus der näheren Umgebung Westpapas waren zwei im niederländischen Exil lebende Molukker gekommen sowie aus den Föderierten Staaten von Mikronesien Edmund Kalau, deutschstämmiger ehemaliger Missionar und Gründer der Pacific Missionary Aviation. Ich hebe ihn deshalb besonders hervor, weil er Teile der Konferenz mit seiner Videokamera mitschnitt, um dann damit die Bevölkerung Mikronesiens informieren zu können, die seinen Angaben zufolge überhaupt keine Ahnung von Westpapua hat (obwohl Palau und die FSM immerhin die nördlichen Nachbarstaaten Westpapas sind). Möglicherweise hat er sogar die Möglichkeit, im Sinne Westpapas Einfluss auf die Regierung der FSM auszuüben.

Des weiteren anwesend waren Carmel Budiardjo, Gründerin der britisch-indonesischen Menschenrechtsorganisation Tapol, Siegfried Zöllner, Koordinator des West Papua Netzwerks, Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker sowie insgesamt über 60 Teilnehmer von vielen verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, u.a. Pazifik-Netzwerk, Watch Indonesia!, ECSIEP, CamPeace, von kirchlichen Organisationen und Einzelpersonen, wobei die Teilnehmer schwerpunktmäßig aus Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien kamen.

Der Zeitplan sah vor, die Konferenz in drei Schwerpunktbereiche zu gliedern: Menschenrechte, Selbstbestimmung und Umwelt/Entwicklung. Nach Begrüßung und Vorstellungsrunde wurden zu jedem dieser Bereiche von mehreren Experten (jeweils sowohl aus der „Innensicht“ eines oder mehrerer Papuas und der „Außensicht“ eines Europäers) Kurzvorträge gehalten und anschließend darüber diskutiert. Am zweiten Tag sollte sich die Konferenz dann in Workshops zu den einzelnen Themen aufteilen und in diesen dann zum jeweiligen Thema Strategien für das weitere Vorgehen entwickeln. Am dritten Tag schließlich sollten dann die Ergebnisse im Plenum präsentiert und abschließend diskutiert werden.

Am Rande der Konferenz wurden Filme über Westpapua gezeigt; außerdem traf man sich jeden Abend nach dem Ende des offiziellen Programms zum gemütlichen Beisammensein, um sich formlos unterhalten zu können, wobei die Papuas sich durch besondere Fröhlichkeit und extreme Ausdauer (bis in die frühen Morgenstunden) beim Singen und Tanzen auszeichneten. Am zweiten Tag fand zudem ein Begegnungsabend statt, bei dem verschiedene Leute aus Neuendettelsau eingeladen waren, um einen Einblick in die Probleme Westpapas zu bekommen.

1. Menschenrechte

Zunächst berichtete Carmel Budiardjo über die derzeitige Lage der Menschenrechte in Indonesien im allgemeinen und in Westpapua im besonderen. Der schlimmste Konflikt in Indonesien findet ihr zufolge zur Zeit in Aceh statt. Allein in diesem Jahr seien dort über 1.000 Leute bei Kämpfen zwischen der Armee und der Befreiungsbewegung GAM ums Leben gekommen. Dies sei eine beständige Warnung davor, in welche Dimensionen sich auch der Konflikt in Westpapua steigern könne, falls keine friedliche Lösung erzielt werde. Es müsse daher dort alles getan werden, um eine „Acehnisierung“ Westpapas zu verhindern. Carmel ging dann sehr hart mit der neuen indonesischen Präsidentin Megawati ins Gericht. Während ihr Vorgänger Wahid darum bemüht war, die Konflikte in Aceh und Westpapua durch Zugeständnisse und Kompromisse zu lösen, woran ihn dann aber letztendlich Armeekreise hinderten, sei Megawati dem Militär völlig ergeben, da sie ihre Machtübernahme vor allem der Unterstützung der Militärs verdankt. Dies zeigt sich beispielsweise in der jüngsten Ernennung mehrerer Militärs mit zweifelhaftem Ruf auf verschiedene Posten. Vor diesem Hintergrund erscheint ihre öffentliche Entschuldigung für die Menschenrechtsverletzungen als reines Ablenkungsmanöver. All ihre Ankündigungen, Menschenrechtsverletzungen untersuchen und verfolgen zu lassen, haben bisher keine Wirkungen gezeigt; die Armee ist nach wie vor durch eine korrupte Justiz praktisch vor Strafverfolgung geschützt. Auch die nationale Indonesische Menschenrechtskommission Komnas-HAM ist zu sehr mit staatlichen Strukturen verwoben, als dass sie wirklich unabhängig arbeiten könne. Aus all diesen Gründen sollte man auch dem geplanten Autonomiestatus für Westpapua (der inzwischen vom indonesischen Parlament beschlossen wurde) sehr skeptisch gegenüberstehen, zumal in Aceh eine ähnliche „Autonomie“ schon in Kraft ist, ohne dass dadurch der Konflikt gelöst wurde.

Die Ereignisse des 11. September werden vermutlich die Lösung der Probleme in Aceh und Westpapua nicht leichter machen. Seitdem kommt es nämlich wieder zu einer engen Zusammenarbeit zwischen CIA und indonesischem Geheimdienst, um Terroristen in Indonesien zu bekämpfen, die es dort ja zweifelsohne auch gibt (Laskar Jihad u.a.). Auch eine Aufhebung des Waffenembargos der USA gegen Indonesien wird jetzt diskutiert. Es besteht aber die Gefahr, dass im Zuge dieser Zusammenarbeit die Befreiungsbewegungen GAM und OPM nun auch als Terroristen angesehen und dementsprechend international bekämpft werden könnten.

Als zweiter Redner berichtete John Rumbiak über die Situation der Menschenrechte in Westpapua. Die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land lassen sich ihm zufolge an vier Punkten festmachen: 1. Der Konflikt um die Selbstbestimmung, welche den Papuas bis heute von Indonesien verwehrt wird.

Die Papuas beanspruchen dieses Recht für sich, während Indonesien behauptet, die Selbstbestimmung Westpapas sei bereits durch die Integration in Indonesien erfüllt, wobei diese Position von der internationalen Gemeinschaft weitgehend unterstützt wird. 2. Der Militarismus: Der Widerstand der Papuas wird als Subversion angesehen und deshalb viele Zonen zu militärischen Operationsgebieten erklärt, in denen die Armee praktisch tun kann, was sie will. Diese Gebiete wurden und werden von der Armee quasi als Übungsgelände genutzt, um das rücksichtslose Zerstören und Töten zu trainieren, was dann auch anderswo bei der Aufstandsbekämpfung angewandt wird. Man kann davon ausgehen, dass seit der Annexion weit über 100 000 Menschen vom indonesischen Militär getötet wurden. Auch heute setzt sich dieses rücksichtslose Vorgehen fort: Ein geheimer Plan der Sicherheitskräfte wurde bekannt, demzufolge die Unabhängigkeitsbewegung systematisch zerschlagen werden soll, und erst jüngst verübten Sicherheitskräfte in der Gegend um den Ort Wasior Greuelthaten gegen die Bevölkerung. Außerdem werden nach dem Vorbild Osttimors an mehreren Stellen Milizen gebildet, teilweise aus Transmigranten, aber auch aus Papuas. Gleichzeitig gibt es aber auch Hinweise darauf, dass OPM-Guerillas von Armeekreisen mit Waffen beliefert werden. Offenbar will also die Armee den Konflikt anheizen, um ihre massive Präsenz rechtfertigen zu können. Einer der Gründe dafür ist, dass viele Militärs an den das Land ausbeutenden Unternehmen beteiligt sind, was damit zum dritten Punkt überleitet: 3. Im Zuge sogenannter Entwicklungsprojekte (siehe unter Umwelt/Entwicklung) werden die Rechte der betroffenen indigenen Bevölkerung verletzt. 4. Die Kritik an all diesen Missständen hält sich international in Grenzen, da die staatliche Souveränität Indonesiens über Westpapua international anerkannt ist, und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von den meisten Staaten hochgehalten wird.

Paula Makabory, ebenfalls von ELSHAM, berichtete danach über die Lage der Rechte der Frauen in Westpapua. Zum einen kritisierte sie, dass sich die Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte insbesondere gegen Frauen richten. So werden immer wieder papuanische Frauen systematisch vergewaltigt. Auf der anderen Seite werden indonesische Prostituierte vom Militär und von Unternehmern an papuanische Männer vermittelt, um als Gegenleistung beispielsweise Konzessionen für Holzeinschlag zu erhalten. Verhältnisse dieser Art haben dazu geführt, dass Westpapua inzwischen die höchste Rate an HIV-Infizierten in ganz Indonesien hat. Frauenrechte werden aber nicht nur von den Indonesiern mit Füßen getreten. Auch durch traditionelle patriarchalische Strukturen vieler Papua-Gesellschaften werden Frauen unterdrückt. So sind sie in vielen Gebieten von den Stammesversammlungen ausgeschlossen. Auch in den Familien werden Frauen oft von ihren Ehemännern misshandelt und gedemütigt, ohne dass dagegen eingeschritten wird. Um diese Missstände zu bekämpfen, wurde im August in Jayapura die erste westpauanische Frauenkonferenz abgehalten. Es wird aber wohl, unabhängig von dem politischen Konflikt, noch lange brauchen, bis die Gleichberechtigung der Frauen in Westpapua verwirklicht ist.

Als Ergebnis des Workshops wurde dann u.a. folgende Maßnahmen beschlossen:

- Einen Aufruf sowohl an die indonesischen Sicherheitskräfte als auch an die bewaffneten Kräfte der OPM, die Gewalt einzustellen.
- Zu versuchen, Einfluss sowohl auf das EU-Parlament als auch auf die einzelnen europäischen Regierungen und Parlamente auszuüben, damit sich diese für eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Westpapua und deren sofortigen Stopp einsetzen.
- Die indonesische Regierung aufzufordern, die Menschenrechtsverletzungen unverzüglich einzustellen, mit der Unabhängigkeitsbewegung in Dialog zu treten, und alle bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte in Westpapua wiederherzustellen.

2. Selbstbestimmung

Bei diesem Thema ging es zunächst um die Notwendigkeit, den Fehler in der Geschichte, der Westpapua 1962/69 zu einem Teil Indonesiens gemacht hatte, zu korrigieren.

Dazu hielt der britische Historiker John Saltford einen interessanten Vortrag. Er berichtete, was er bei seinen Forschungen über die Aktionen der UNO zur Lösung des Westpapua-Problems, herausgefunden hatte. Die Holländer waren nämlich anfangs im Gegensatz zur indonesischen Meinung sehr an einer friedlichen Entkolonisierung und an einer Entschärfung des Konfliktes mit Indonesien interessiert. So kam von ihnen der Vorschlag, Westpapua aufzugeben und es bis zur geplanten Unabhängigkeit von der UNO verwalten zu lassen, wobei dieser Vorschlag dann aber keine ausreichende Mehrheit in der UNO fand. Das dann unter starkem Druck der USA 1962 zustande gekommene New-York-Abkommen, mit dem Westpapua zunächst kurz an die UNO und dann an Indonesien übergeben wurde, verstieß bereits massiv gegen die Grundsätze der UNO, da darüber keine Konsultation des papuanischen Volkes stattfand. Allerdings wurden darin die grundsätzlichen Menschenrechte der Papuas garantiert und eine spätere Abstimmung über den endgültigen Status des Gebiets vorgesehen. Aber selbst dies wurde gleich darauf von der UNO und Indonesien gebrochen. Schon unter der temporären UN-Verwaltung wurden Demonstrationen für die Unabhängigkeit verboten. Auch war eigentlich vorgesehen, dass UN-Beobachter bis zum Akt der Selbstbestimmung 1969 in Westpapua bleiben sollten, was aber nie geschah. Aus den von Saltford gesichteten Dokumenten aus den Archiven der UNO geht hervor, wie die Manipulation des „Act of Free Choice“, bei dem sich 1969 1025 ernannte „Repräsentanten“ einstimmig für den Verbleib bei Indonesien entschieden, systematisch von Indonesien in Absprache mit den Niederlanden und der UNO geplant wurde, weil alle Parteien damals das Problem so schnell wie möglich vom Tisch haben wollten. Aus all dem ergibt sich eigentlich von selbst, dass eine unabhängige Untersuchung dieser Vorgänge und eine daraus folgende Wiederholung des „Act of Free Choice“ unter demokratischen Bedingungen dringend geboten ist.

Rex Rumakiek berichtete über die Erfahrungen seines Volkes, seit Jahrzehnten ohnmächtig gegen die illegitime Besetzung Westpapas durch Indonesien zu sein. Die einzige konstante Solidarität kam lange Zeit nur von verschiedenen NGOs des Pazifiks wie NFIP/PCRC und PIANGO. Das Problem war aber, dass NGOs keinen Einfluss auf die UNO ausüben können und somit der politische Kampf der Westpapas dadurch keine effektive Unterstützung erfuhr. Erst letztes Jahr gelang es zum ersten Mal, mehrere Regierungen mit Stimme in der UNO, nämlich Vanuatu, Nauru und Tuvalu, zu überzeugen, sich für das Recht Westpapas auf Selbstbestimmung einzusetzen. (Allerdings hat sich diese Unterstützung inzwischen bei den genannten Staaten wieder abgeschwächt, vermutlich auf australischen Druck hin.)

Danach wurde erörtert, wie die Papuas vorgehen sollten, um das Recht Westpapas auf Selbstbestimmung am besten durchsetzen zu können.

John Otto Ondawame sagte dazu, dass es am wichtigsten sei, alle politischen Kräfte in Westpapua, aber auch im Exil, zu koordinieren, um dann mit einer gemeinsamen Position in politischen Dialog zu treten. In der Praxis ist aber gerade die Zersplitterung der Westpapuanischen Unabhängigkeitsbewegung ein großes Problem. John Otto Ondawame ist dabei als gleichzeitiges Mitglied von OPM und Präsidium eine große Ausnahme. Aber nicht nur der Gegensatz zwischen OPM und Präsidium ist ein Problem, auch die OPM in sich ist eine Vereinigung ohne klare Strukturen, die von kompromisslosen Guerillakämpfern bis zu Vertretern des politischen Dialoges reicht.

Pater Neles Tabay sprach dann über die Rolle, welche die Kirchen in Westpapua spielen können. Als relativ stabile, von allen akzeptierte Institutionen können sie ein Forum für den politischen Dialog bilden und sich für alle Seiten am glaubhaftesten für die Beendigung von Gewalt und Terror einsetzen.

Dabei sollen auch die muslimischen Gemeinschaften mit einbezogen werden, denen die Mehrheit der Transmigranten, aber auch eine Minderheit der Papuas angehört.

Als Ergebnis des Workshops zum Thema Selbstbestimmung wurden als hauptsächliche Punkte folgendes beschlossen:

- Im Zuge einer Kampagne für die Korrektur der Geschichte einen Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan zu schreiben, in dem dieser mit den Argumenten John Saltfords aufgefordert wird, die Durchführung des „Act of Free Choice“ auf ihre Rechtmäßigkeit zu untersuchen. Dies sollte möglichst von einer Kampagne in den Medien begleitet werden, wobei der Zeitpunkt jetzt gerade sehr günstig ist, da Kofi Annan demnächst den Friedensnobelpreis verliehen bekommt. Hinzu kommt, dass Osttimor nächstes Jahr von der UNO in die Unabhängigkeit entlassen wird, somit also ein weiterer Erfolg der UNO zu verbuchen ist, wobei man darauf aufmerksam machen könnte, wie sehr die UNO dagegen seinerzeit im Nachbarland Westpapua versagt habe. Außerdem könnte man dabei auch darauf aufmerksam machen, dass Ghana, das Heimatland Annans, damals zu den Staaten gehörte, die versuchten, in der UNO gegen den „Act of Free Choice“ mobil zu machen.
- Obwohl Annan auch allein eine Untersuchung des „Act of Free Choice“ anordnen könnte, soll dennoch weiterhin versucht werden, so viele Regierungen wie möglich im Sinne Westpapas zu beeinflussen, vor allem im Pazifik.
- Möglichst alle papuanischen Aktivisten sollten sich treffen, um sich untereinander zu versöhnen und eine gemeinsame politische Strategie zu entwickeln.

3. Umwelt/Entwicklung

Zunächst berichtete zu diesem Thema Arian Ardie, Berater der britischen Ölfirma BP über die geplante Erdgasförderung im Golf von Bintuni im Westen Westpapas. Dabei vertrat er natürlich die Meinung der Firma, nach der dieses Projekt auf Umwelt und Bevölkerung Rücksicht nimmt und letztendlich alle nur davon profitieren können.

Roberth Mandosir von der papuanischen Umweltschutzorganisation YALI sieht dagegen all die sogenannten Entwicklungsprojekte, die in Westpapua stattfinden bzw. geplant sind, sehr problematisch. Neben der Freeport-Mine, die bekanntermaßen starke Umweltverschmutzungen verursacht, werden an mehreren Stellen in Westpapua neue Großprojekte geplant, neben der BP-Erdgasförderung in Bintuni betrifft dies vor allem das Gebiet des Mamberamo-Flusses, wo unter anderem ein riesiger Staudamm entstehen soll, um ein geplantes neues Industriezentrum mit Strom zu versorgen. Bei all diesen Projekten besteht die Gefahr, dass dadurch die Umwelt in Mitleidenschaft gezogen und damit den ansässigen Papuas ihre traditionelle Lebensgrundlage zerstört wird.

Carolyn Marr von der Umweltschutzorganisation Down to Earth berichtete, wie solche Projekte mit den Menschenrechtsverletzungen der Militärs zusammenwirken. Selbst wenn BP sich wirklich um die Umweltverträglichkeit seines Projekts bemühen sollte, so wird das der ansässigen Bevölkerung trotzdem wenig helfen, da die Sicherheitskräfte immer in der Umgebung von Wirtschaftsstandorten aktiv werden (und dabei dann schwere Menschenrechtsverletzungen begehen), um die Anlagen zu schützen, selbst wenn dies die betreffende Firma eigentlich gar nicht will. Carolyn befürchtet, dass durch das geplante Autonomiestatut, dem zufolge die Mehrheit der Geldeinnahmen in der Provinz bleiben statt wie bisher nach Jakarta abgeführt zu werden, die Ausbeutung der Natur noch zunehmen wird, wobei es äußerst fraglich ist, ob die Mehrheit der Papuas davon auch profitieren wird.

Der Workshop zu diesem Thema kam zu folgendem Ergebnis:

- Mit der Kampagne gegen das Mamberamo-Projekt wird zum ersten Mal bereits im Vorfeld eines Projekts dagegen angekämpft. Insofern könnte diese Kampagne vielleicht Erfolg zeigen, wenn sie noch ausgeweitet wird.
- Man sollte versuchen, Artikel über die wirtschaftlichen Projekte und deren Folgen in Westpapua in die Presse zu bringen.
- Es soll vermehrt versucht werden, die betroffenen Leute vor Ort zu informieren und zu mobilisieren.



Am Ende der Konferenz wurde dann noch einmal Bilanz gezogen und abschließend diskutiert. Kritisiert wurde von verschiedener Seite, dass im Endeffekt relativ wenig an konkreten Ergebnissen herauskam, und vor allem in der Frage der Selbstbestimmung nach wie vor keine klare und verbindliche Strategie gefunden wurde. Auch ist zu bedauern, dass die Frage der Autonomie ausschließlich von vornherein abgelehnt wurde, und mögliche Vorteile gar nicht erst diskutiert wurden. All dieser Kritik wurde aber auch entgegengehalten, dass man doch froh sein müsse, dass die Solidaritätskonferenz

überhaupt stattfand und viele wichtige Themen angesprochen wurden, selbst wenn nicht alles perfekt lief. (Abbildung: Die TeilnehmerInnen der Konferenz)

Abschließend hinterfragte Siegfried Zöllner noch einmal die Ziele, über die sich alle Konferenzteilnehmer scheinbar so einig waren: Westpapua soll befreit werden, aber wovon eigentlich? Natürlich von der indonesischen Fremdherrschaft. Aber was kommt dann? Ist damit das westpapuanische Volk wirklich frei? Ist damit garantiert, dass es nicht mehr zu Menschenrechtsverletzungen und zu Korruption kommt?

Auf jeden Fall ist klar, dass allein die Unabhängigkeit nicht alle Probleme löst. Es muss darüber hinaus viel getan werden, gerade auf der Ebene von NGOs im Menschenrechts- und Umweltschutzbereich, um für die Menschen in Westpapua ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Lorenz Gonschor, Tübingen



Bericht aus anderen Vereinen

Die Skandinavisch-Polynesische Freundschaftsgesellschaft

Die Skandinavisk-Polynesisk Venskapsforening wurde Anfang der 90er Jahre gegründet, um das Doppelkanu Ara Moana als Unterstützung der internationalen Kampagne gegen die französischen Atomsprengeversuche im Pazifik nach Tahiti zu bringen. Die Partnerorganisation in dieser Zeit war Hiti Tau. Der Entschluss, die Ara Moana selbst zu segeln, wurde 1996 gefasst. 1998 erreichte die Ara Moana

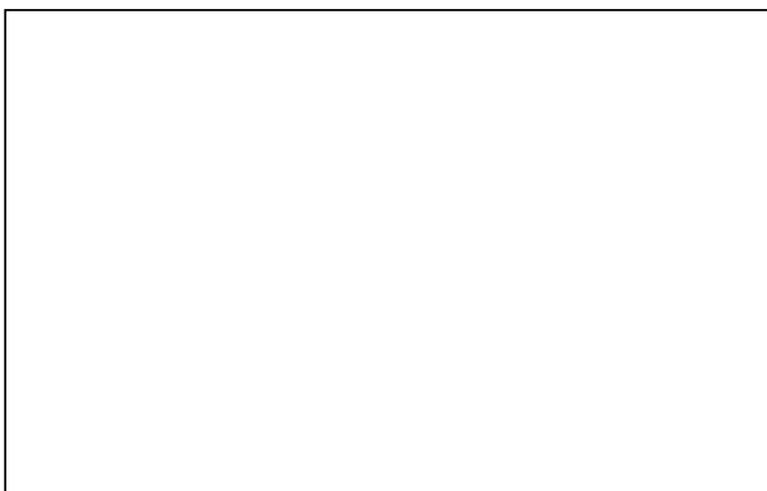
Französisch-Polynesien. Die Zukunft unserer Gesellschaft ist im Ungewissen, weil wir jetzt gerade auf unserer Reise gesehen haben, dass die Ara Moana zum Teil ausgebrannt ist (schrecklich) und eine Reparatur vielleicht unmöglich, auf jeden Fall aber sehr teuer sein wird. Auch Hiti Tau ist stark verändert, die NGO so wie früher besteht eigentlich nicht mehr. Gabriel Tetiarahi baut nur mit der Unterstützung von einigen Freunden und bezahlten jugendlichen Arbeitskräften aus dem Sekretariat der NRO Vanille und anderes Obst und Gemüse an (ein Riesenschritt zur Selbstversorgung, aber auch ein Alleingang). Wenn wir zurückkommen, werden wir uns erstmal zusammensetzen, evaluieren und sehen, was wir weiter tun können - auf jeden Fall die Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ unterstützen in Zusammenarbeit mit dänischen Gewerkschaften.

Masti Jutka aus Kopenhagen berichtet von einem der highlights in diesem Jahr:

Tiki gesichtet am Øresund

Hotu Hucke kommt von der Osterinsel (Rapanui), dort, wo seine Vorfahren in mystischer Zeit die unergündlichen, berühmten Steinkolosse errichteten, die von überall auf der Insel auf das Meer schauen. Heute lebt Hotu als bekannter Holz- und Steinbildhauer auf Tahiti und folgt kompromisslos seinem inneren Stern. 1998 segelte er als einer der polynesischen Teilnehmer auf dem dänisch-polynesischen Doppelkanu Ara Moana von Panama nach Tahiti. Auf den Galapagos-Inseln hatte er der Bevölkerung zum Abschied ein Tiki, eine lebensgroße mystische Holzfigur geschenkt und seitdem hatten Poul (mein Freund und ebenfalls Ara Moana Segler) und er denselben Traum: Einmal sollte so ein Tiki auch am Strand von Dänemark stehen.

Als wir im Frühjahr hörten, dass noch Künstler aus Ozeanien gesucht wurden, um diesen Erdteil auf einem Kinder-Welt-Kultur-Festival hier in Kopenhagen zu vertreten, dachten wir sogleich an Hotu. Nach vielen Briefen, Kontakten und Treffen und mit der finanziellen Unterstützung von Mellempolitik Samvirke, dem Kinderkulturhaus in Amager und dem dänischen Kultusministerium konnten wir Hotu im Juni des Jahres einladen. Mit der Unterstützung unserer tahitianischen Freunde hier, mit der Unterstützung von Künstlern aus Christiania und durch die Mithilfe vieler alter und neuer Freunde der Freundschaftsgesellschaft wurde diese Woche ein aufregendes und inspirierendes Erlebnis. Das Tiki wurde zum internationalen Treffpunkt für Maoris aus Tahiti, Neuseeland, Tonga und Samoa. Diavorträge, Musik, Haka-Tanz und ein Hangi (Erdofenfestmahl) rundeten das Bild ab.



So sieht das Tiki aus, Hotu hat es den Kindern gewidmet.

Nach dem Festival wird das Tiki erstmal eine Zeit in Christiania zu besichtigen sein, danach ist das dänische Nationalmuseum sehr daran interessiert.

Mehr Photos und Filme kann man erhalten bei Poul Madsen und Masti Jutka, c/o Skandinavian-Polynesian Friendship Society, Email-Adresse: spvaramoana@hotmail.com

Rezensionen

◆ *Buchbesprechung*

Dinnen, Sinclair und Ley, Allison (Hg.): Reflections on Violence in Melanesia. Hawkins Press, Anandale und Asia Pacific Press, Canberra 2000. xviii, 332 Seiten, A\$ 29,95

"We gained independence without bloodshed. And now we are turning a new leaf covered with blood", so der Vorsitzende des Parlaments von Papua-Neuguinea angesichts der gewalttätigen Unruhen vom Juni, denen in Port Moresby vier Menschen durch Polizeischüsse zum Opfer fielen (Post-Courier 27.6.01). Die Katholische Bischofskonferenz beklagt, dass das Land durch „fear, crime and violence everywhere“ (ebd. 10.5.01) gekennzeichnet sei. Studien aus Port Moresby und Canberra kommen zu dem Ergebnis, die Gewaltkriminalität in Papua-Neuguinea „matches or even surpasses the worst seen anywhere in the world“ (bspw. Levantis 1998). Auch in den benachbarten Salomon-Inseln und in Fidschi bestimmen Instabilität und gewalttätige Konflikte die öffentliche Agenda, hat sich das noch in den 1980er Jahren vorherrschende Bild der sich friedlich und konsensorientierten, hin zu mehr Modernität transformierenden melanesischen Inselstaaten scheinbar umgekehrt.

Doch stimmt dieses weitgehend medial vermittelte Bild, das den (historisch nicht unbekannt) dichotom angelegten Eindruck europäischer Zivilstaatlichkeit versus ozeanischer Barbarei reproduziert, das zudem Öffentlichkeit und Privatsphäre voneinander trennt und die Schattenseiten vieler Gesellschaften, die häusliche (domestic) und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, ausgrenzt. Ist es legitim, westliche, das heißt primär individuenorientierte Konzepte analytischer und juristischer Natur auf Gesellschaften zu übertragen, deren sozialer Kontext historisch wie aktuell ein ganz anderer zu sein scheint. Und wo in dieser heutigen Realität lässt sich der strukturbildende Einfluss (vergangener) kolonialer und (gegenwärtiger) globaler Akteure verorten? Zudem, was wird und kann an Hilfe, Mediation und friedlicher Konfliktbewältigung in den Inselstaaten geleistet werden?

Das vorliegende Buch widmet sich diesen Fragen. Es basiert auf einer im Dezember 1997 abgehaltenen Konferenz des an der Australian National University in Canberra angesiedelten Projekts „State, Society and Governance in Melanesia“. 23 Autoren und Autorinnen, zumeist Melanesierinnen, aus den Disziplinen Anthropologie, Geschichte und Kriminologie sowie Aktivistinnen und Repräsentantinnen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind vertreten. Die thematisierten Länder reichen von Irian Jaya, Papua-Neuguinea und Bougainville über die Salomon-Inseln, Vanuatu und Neukaledonien bis Fidschi.

Das Buch ist neben Vorwort (Braithwaite), Einführung (Dinnen) und Epilog (Jolly) in fünf Teile gegliedert. Der erste Abschnitt behandelt koloniale wie aktuelle Interpretationen von Gewalt. O' Collins geht wie auch Dinnen und Claxton (s.u.) auf die Makrostrukturen der südwestpazifischen Staaten ein, in denen sich Gewalt als Konfliktlösungsweg institutionalisieren kann. Dazu zählen die seit 15 Jahren eskalierenden wirtschaftlichen Probleme, die sich vertiefenden sozialen Spaltungen, die Bevölkerungsexplosion und eine Erosion von Staatlichkeit, die mit Vertrauensverlust, Missmanagement und Korruption assoziiert wird. Der fragile Status schwacher Staaten weist dabei nicht etwa auf fehlende Autoritäten hin, er verweist auf miteinander um Autorität konkurrierende Instanzen. Als „violence of neglect“ (S.20) bezeichnet O' Collins den Niedergang öffentlicher Dienstleistungen, der sich bspw. im Gesundheitswesen direkt in höheren Sterblichkeitsraten von Müttern und Kindern niederschlägt. Während Weir das sich wandelnde Bild von Gewalt in Fidschi und New Britain im Kontext der methodistischen Missionierung thematisiert, demontieren Douglas und Chanter das europäische Bild vom

„kanakischen Wilden“ im Neukaledonien der 1850er und 1980er Jahre. Douglas belegt eindrucksvoll die weitverbreitete kulturelle Präferenz der Ureinwohner für ein flexibles Repertoire an Strategien gegenüber Gewalt, bei denen das eigene Überleben und die Sicherung der Subsistenz Priorität haben. Dem steht die Logik eines an Rationalität orientierten französischen Kolonialstaates gegenüber, einen Konflikt „bis zum bitteren Ende“ seiner Truppen auszukämpfen. Chanter zeigt anhand der antikolonialen Proteste der 1980er Jahre, wie die Medien zur Konstruktion einer Realität genutzt werden, die dazu beiträgt, Gewalt gegen indigene Bürger zu legitimieren.

Im zweiten Teil behandeln C. Banks, Borrey, Mason und Rumsey den geschlechtsspezifischen Aspekt von Gewalt in Papua-Neuguinea und Vanuatu, der sich neben häuslicher vor allem auf sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen richtet („the silent and suffering minorities in the Highlands of Papua New Guinea“ (S. 159). Die Annäherung an das Thema erweist sich als schwierig angesichts vieler Kulturen, in denen es kein Wort für Vergewaltigung gibt, in denen der Sachverhalt von den Frauen nicht nachvollzogen werden kann und Ehebruch weit wichtigere Bedeutung hat. Deutlich wird, dass sich Identität und gewalttätiges Verhalten von Männern im Kontext der untergeordneten sozialen Stellung von Frauen bewegen. Zurückweisung, Provokation und die kollektive Entscheidung von Männern für pay-back im Gegensatz zur individuellen Passion werden hier als Begründungen für Vergewaltigungen genannt.

Auf die Erfahrungen und Programme von NGOs, häusliche und sexuelle Gewalt zu bekämpfen, wird im dritten Teil des Buches eingegangen. Erschreckend insbesondere das Bild, das Garap von der Situation der Frauen in der PNG-Hochlandprovinz Chimbu zeichnet. Der Konflikt zwischen traditionellem Recht und den Menschenrechtskonditionen der Verfassung, letztere als „dead letter for women“ (S. 165) bezeichnet, scheint hier nicht-existent. Dorfgerichte fungieren als verlängerter Arm der Täter, während letztlich nur Richter des National Court auf einer Gleichstellung der Geschlechter insistieren. Garup stellt die Frauen als doppeltes Opfer dar, da die Frauen der Täter die Bürde der Kompensationszahlungen an die männlichen Verwandten der (Vergewaltigungs-) Opfer zu tragen haben. Billy verweist anhand ihrer Erfahrungen in den Salomonen darauf, wie Tradition dazu benutzt wird, Unterordnung der Frauen zu rechtfertigen. Ramosaea und Makail berichten schließlich über ihre Erfahrungen in den beiden Frauenhäusern (women's crisis centre) von Honiara und Port Moresby.

Der vierte Teil bezieht sich auf den Zusammenhang von Gewalt und der Rekonstruktion von Identität bei Jugendlichen am Beispiel von Vanuatu (Mitchell), Port Moresby (Ward) und Fidschi, wo Monsell-Davis einen direkten Zusammenhang zwischen Gewaltanstieg und den beiden nationalistischen Staatsstreichen von 1987 herstellt. Ward benennt die im Zusammenhang mit Urbanität sich vollziehenden Brüche zwischen den Generationen als eines der wichtigsten künftigen Konfliktfelder.

Dem Zusammenhang von Gewalt und Staat widmet sich der letzte Abschnitt. Während Goddard die erfolgreiche Arbeit lokaler (keineswegs traditioneller) Dorfgerichte in Papua-Neuguinea darstellt, geht G. Banks den gewaltintensivierenden Konflikten in der Bergbauindustrie nach. Claxton lokalisiert dann die Chancen der Intervention durch die Zivilgesellschaft. Er identifiziert fünf Faktoren, die die innere Sicherheit Papua-Neuguineas zentral beeinflussen: Stammeskämpfe, Separatismus, Kriminalität und beschleunigter Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung sowie Kompensationsforderungen. Ondawame und Regan gehen abschließend auf die Menschenrechtsverletzungen in Irian Jaya/Westpapua bzw. die Rolle (neo-) traditioneller Chiefs beim Friedenskonsolidierungsprozess auf der Insel Bougainville ein.

Zusammenfassend belegen die Aufsätze, dass Gewalt in Melanesien keineswegs ein universelles Phänomen ist. Sie zeigen, dass eine Annäherung an die komplexen und vielschichtigen lokalen (Sonder-)

Bedingungen der sich rapide wandelnden Gesellschaften nur unter Berücksichtigung der historischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte möglich ist. Trotz immenser Herausforderungen gilt es, aus lokalen und fremden Traditionen kreative Wege heraus zu sondieren, die auf kommunaler wie staatlicher Ebene Respekt und Toleranz durchsetzen und damit friedliche Bemühungen der Konfliktaustragung unterstützen.

Das Buch ist als wegweisend zu bezeichnen. Es öffnet neue Horizonte zum Verständnis der inneren Strukturen melanesischer Gesellschaften. Es belegt zudem, dass die Entwicklungs- bzw. Transformationswege dieser Staaten kaum ohne die in diesem Buch aufgezeigten vielfältigen kulturspezifischen Charakteristika verstanden werden können.

(Vorabdruck aus ANTHROPOS, Sankt Augustin. Hinzuweisen gilt es an dieser Stelle noch auf das Buch von Cyndi Banks (Hg.): *Developing Cultural Criminology. Theory and Practice in Papua New Guinea*. Sydney: Institute of Criminology 2000, das als logische Folge des hier besprochenen Buches angesehen werden kann. Interessant sind vor allem die Beiträge über Drogenmißbrauch, sogenannte Raskols und Inhaftierte.)

Roland Seib, Darmstadt

◆ *Gesellschaftsspiel*

Die neuen Entdecker: Auf den Spuren von James Cook

Klaus Teuber (Autor), Verlag Kosmos, erschienen im Frühjahr 2001, für 2 bis 4 Personen ab 12 Jahren, dauert 90 Minuten, kostet 60 DM.

Früher, vor mehr als 200 Jahren, gab es für den gemeinen Europäer noch mächtig neue Eilande aufzuspüren. Dann jedoch segelte James Cook über die Weltmeere und räumte alles ab. Wer bis dahin von einer großen Karriere als Entdecker geträumt hatte, konnte nun schon mal über eine Umschulung nachdenken. - Sollte man jedenfalls meinen. Aber das Spiel „Entdecker“ belehrte uns vor fünf Jahren eines Besseren: Da gab es doch tatsächlich noch und nöcher unbemerkte Inseln, die offenbar nur auf ihre Anbindung an die westliche Welt gewartet hatten. Zehntausende Menschen spielten dieses Spiel - immerhin war es von Klaus Teuber, dem Erfinder der „Siedler von Catan“. Zehntausende Entdecker also; doch auch diesen Heerscharen zum Trotz sind anscheinend immer noch diverse Eilande verborgen geblieben. Und wahrscheinlich ist das der Grund, warum es nun „Die neuen Entdecker“ gibt, eine überarbeitete Version des älteren Spiels.

Also gehen wir wieder auf die Reise und entdecken Inseln. Mal große, mal kleine. Große zählen natürlich mehr Punkte, aber das auch nur, wenn man dort die meisten Siedlungen und Festungen gebaut hat. Wer bloß läppische Kundschafter stationiert, muss sich mit einem Bruchteil der Ausbeute begnügen. Macht aber nichts, denn die Kundschafter vermögen, was Immobilien naturgemäß verwehrt bleibt. Sie besuchen die Einheimischen in ihren Dörfern und bringen von dort fremde Pflanzen mit. Auch das zählt Punkte, und zwar jede Menge. Deshalb macht es Sinn, Kundschafter durchaus noch einmal in längst besuchte Dörfer zu senden, um den Gegnern die Gewächse wieder abzuja-gen.

„Die neuen Entdecker“ ist ein Legespiel. In seinem Spielzug zieht man Plättchen, auf denen entweder nur Wasser oder Wasser plus ein Stückchen Küste abgebildet ist. Diese Plättchen legt man auf dem Spielplan aus und so entsteht nach und nach eine reizvolle Insellandschaft. Je nach Position des eigenen Schiffes und je nach Barvermögen kann man nun noch eine Siedlung bauen oder einen Späher absetzen.

Bekanntermaßen hat unbekanntes Land die ausgesprochen lästige Eigenschaft, dass der Entdecker vorher nicht genau weiß, wo es liegt und wie es sich ausdehnt. Im Spiel kommt dies zum Ausdruck, indem jeder seine neuen Landplättchen verdeckt zieht und dann auslegen muss, so wie sie kommen. Dieses Verfahren ist zwar sehr glücksabhängig, jedoch absolut stimmig. Oder hat man schon mal von einem Entdecker gehört, der die Insel nach seinem Gusto schuf? Bestenfalls einen Namen konnte man dem neuen Flecken aufdrücken. Aus Gründen der Spielbarkeit geht Autor Klaus Teuber dann aber doch einen Kompromiss ein. Der Glücksanteil beim Entdecken lässt sich minimieren, indem man freiwillig mehr Plättchen kauft oder höhere Preise bezahlt. Das kann man sich nicht jederzeit leisten und muss diese Option deshalb für die wirklich wichtigen Situationen aufsparen. – Ein gelungener Kompromiss.



Im Vergleich zum Vorläufer ist „Die neuen Entdecker“ taktischer und langwieriger geraten. Das Spielfeld ist größer und man hat nun bessere Möglichkeiten, die anderen Spieler von bestimmten Inseln fern zu halten. Das Konkurrieren um die wertvollen Pflanzen ist ein gänzlich neu eingefügtes Element und erfordert einige Überlegungen. Gedankenlos in die falschen Dörfer geschickte Kundschafter können sich sehr nachteilig auswirken. Das alles freut diejenigen, die den Zufall im Spiel gern ausgemerzt haben wollen, raubt den „Entdeckern“ allerdings die ästhetische

Leichtigkeit, die das Spiel mal hatte. Insgesamt sind die Neuerungen nicht so bedeutsam, dass man beide Spiele haben müsste. Wer schon das alte Spiel besitzt, kann sich die Neuauflage getrost sparen. Wie die ältere Ausgabe ist auch „Die neuen Entdecker“ mit schönem und reichhaltigem Material ausgestattet. Als besonderes Bonbon hat das Spiel nun allerdings eine Spielregel, die sofortiges Losspielen ermöglicht. Gepriesen sei an dieser Stelle der Kosmos-Verlag, der immer wieder neue Ideen ausbrütet, um Menschen den Weg zum Kulturgut Spiel zu erleichtern.

In Österreich wurde „Die neuen Entdecker“ von einer Kritikerjury mit dem Titel „Spiel der Spiele“ ausgezeichnet, ähnlich dem „Spiel des Jahres“ in Deutschland. Für meinen Geschmack ist das dann doch zu viel der Ehre. Mir gefiel das leichtere und schnellere ursprüngliche Spiel besser. Aber ganz zweifellos ist „Die neuen Entdecker“ ein gelungenes Taktikspiel. Ein bisschen Spielerfahrung sollte man bereits mitbringen, denn das Regelwerk ist umfangreich.

Udo Bartsch, Hannover



Aus dem Arbeitsalltag von...

John Doom und „Moruroa e tatou“

Am 4. Juli 2001 trafen sich im Konferenzsaal der Evangelischen Kirche Französisch Polynesiens ehemalige Arbeiter von Moruroa und Fangataufa. Sie waren - zusammen mit Familienangehörigen - einer Einladung des „Comité de Suivi Moruroa e tatou“ gefolgt. Dieses Treffen stellt eine Wende in der Geschichte dieser Arbeiter von Moruroa und Fangataufa dar. Dort hatte die französische Regierung in den Jahren 1960-1996 insgesamt 210 Atomtests durchgeführt.

Was durch und in der Organisation *Moruroa e tatou* ("Moruroa und wir") seit relativ kurzer Zeit geschieht, könnte auch die Überschrift tragen "Das Schweigen brechen" - waren doch die Arbeiter und ihre Angehörigen während der 30 Jahre dazu verdammt, zu schweigen. Dieses ihnen auferlegte Schweigen dauerte auch noch nach der Beendigung der Tests an.

Einen ersten Durchbruch stellt das Erscheinen der Dokumentation „*Moruroa et nous*“ im Jahr 1997 dar. Dieses Buch, das später auch in der Sprache der Maohi erschien (dank einer Geldspende der japanischen Hibakusha), und in welchem zum ersten Mal ehemalige Arbeiter öffentlich Zeugnis ablegten, war die Folge eines Engagements vieler Einzelpersonen und Organisationen in Französisch Polynesien und in verschiedenen europäischen Ländern.

Stellvertretend sind zu nennen: John Doom (damals noch Vertreter der Pazifischen Kirchenkonferenz beim Weltkirchenrat in Genf), Gabriel Tetiarahi von der NGO Hiti Tau, Bruno Barrillot als Vertreter des Konfliktforschungszentrums in Lyon und ECSIEP.

Beim Treffen am 4. Juli 2001 waren weit mehr Menschen erschienen als erwartet. Viele von ihnen sprachen zum ersten Mal nach 40 Jahren über ihre Erfahrungen. Immer mehr schließen sich *Moruroa e tatou* an. Die Organisation steht in enger Verbindung mit der Organisation der französischen Veteranen der Atomtests in der Sahara (1960-1966). Vertreter beider Organisationen werden sich im Januar 2002 im Französischen Senat in Paris treffen und dort ihre Stimmen erheben.

Außer Information, Anhörung und Erhebung von Daten hat es sich *Moruroa e tatou* zum Ziel gesetzt, durch wissenschaftliche Untersuchungen nachzuweisen, dass die Atomversuche nicht ohne gravierende Folgen für die Gesundheit der Arbeiter und ihrer Nachkommen waren. Dieser "Beweis" muss erbracht werden, weil die Archive mit den Dossiers der Arbeiter immer noch von der französischen Regierung unter Verschluss gehalten werden. *Moruroa e tatou* will den Beweis durch einen von der schottischen Wissenschaftlerin Sue Rabbitt Roff entwickelten Test erbringen und damit eine Anerkennung und eine Entschädigung erreichen.

Der Koordinator von *Moruroa e tatou* ist John Doom. Michel Arakino, ein früherer Taucher im Moruroa-Atoll, sagt von ihm: „*Er ist unser Gewissen*“. Der 1936 geborene John Doom war von 1962-1967 Direktor des Radioprogrammes des ORTF Tahiti. 1962 begann auch seine kirchliche Laufbahn in der Evangelischen Kirche Französisch Polynesiens. 1976-2000 war er Delegierter der Pazifischen Kirchenkonferenz beim Weltkirchenrat, und von 1989-1999 Executive Secretary für den Pazifik beim Weltkirchenrat. Seit 2000 ist er Koordinator des „Comité de Suivi Moruroa e tatou“. John Doom lebt mit seiner Frau, seinen Kindern und Enkeln seit 1999 wieder in Tahiti.



Feuilleton

Die Errettung vor der Schlange von Oikuul

Ein Mann von Ngiwal entführte eine junge Frau aus dem Dorf Oikuul auf Airai und zwang sie zur Heirat. Der gewalttätige Mann hatte die Macht, sich in eine gestreifte Seeschlange zu verwandeln. Nach einiger Zeit entsprangen dieser gewaltsamen Heirat zwei Kinder, ein Sohn und eine Eulen-Tochter. Als die Kinder groß genug waren, erzählte die Mutter ihnen alles über ihre Abstammung und ihr Unglück. Von dieser Zeit an verachteten die Kinder ihren Vater und sie begannen, ihre Flucht in das Dorf ihrer Mutter zu planen.

Der Sohn baute ein kräftiges Kanu und sie paddelten hinaus ins Meer. Als sie sich der Insel Airai näherten, flog die Eulen-Tochter voraus in das Dorf Oikuul, um ihre Ankunft anzukündigen. Als die Leute des Dorfes ins Wasser hinauswaten, um dem Boot entgegenzugehen, sahen sie eine gestreifte Seeschlange, die wild um sich schlug und versuchte, das Boot umzukippen. Da gingen die Leute des Dorfes zum Angriff über und es gelang ihnen, die Schlange zu erschlagen. Endlich waren die Kinder frei und sie wurden mit einem großen Fest im Dorf empfangen, wo sie von da an lebten. (Abbildung: „The escape from the sea serpent of Oikuul“, Zeichnung von Hans Ongelungel. Der Belauaner lebt heute in den USA)

Anmerkungen:

Dies ist eine Legende aus Belau. Es handelt sich um die gekürzte (und übersetzte) Version aus der Einleitung des Buches von Bob Aldrige und Ched Myers: „Resisting the Serpent. Palaus struggle for self-determination“ (1990). Es gibt viele palauanische Mythen und Legenden, in denen

Schlangen eine Rolle spielen.

Palau heißt in der lokalen Sprache „Belau“. Im Beluanischen bedeutet beluu = Dorf, Land, bewohntes Gebiet.

Irene Hörburger, Esslingen

Anmerkung der Redaktion: Palua ist ein Archipel mit 340 Inseln, von denen nur neun unbewohnt sind. Paula ist die westlichste Inselgruppe der Carolinen im nordwestlichen Pazifik. Die beiden größten Inseln sind Badeldaob und Koror mit der Hauptstadt Koror-Town. 1994 wurde Palau ein sich-selbst-verwaltendes Gebiet (self-governing territory) in freier Assoziation mit den USA. Auf den Inseln leben knapp 20.000 Menschen in 16 Provinzen, offizielle Sprachen sind Beluanisch und Englisch. Palau war eines der ersten Länder des Pazifiks, die 1981 in ihre Verfassung einen Passus über das Verbot

von Atomwaffentests und die Lagerung von radioaktiven Stoffen aufnahmen (nuclear-free constitution vom 1. Januar 1981).

In Kürze erscheint die Dissertation der Soziologin Claudia Lauterbach aus Nürnberg: „Von Frauen, Machtbalance und Modernisierung - Das etwas andere Geschlechterverhältnis auf der pazifischen Insel Palau“.



Erklärt!

Der Evangelische Entwicklungsdienst

Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) hat Mitte August seine Arbeit am neuen Standort Bonn-Hardtberg aufgenommen. Damit arbeiten rund 180 Mitarbeitende erstmals unter einem Dach zusammen. Sie kommen insbesondere aus den bisherigen Organisationen Dienste in Übersee (DÜ, früher: Stuttgart), Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE, Bonn), Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED, Hannover), dem Ökumenisch-Missionarischen Weltdienst (ÖMW) des Evangelischen Missionswerks (EMW, Hamburg) und dem Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP, Stuttgart). Der EED will das Engagement der Vorgängerorganisationen für die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen und qualifizieren.

Die Arbeit des Evangelischen Entwicklungsdienstes wurzelt in dem Glauben, der die Welt als Gottes Schöpfung bezeugt, in der Liebe, die gerade in dem entrechteten und armen Nächsten ihrem Herrn begegnet, und in der Hoffnung, die in der Gewissheit der kommenden Gottesherrschaft handelt. (aus der EED-Satzung).

Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. unterstützt mit finanziellen Beiträgen, personeller Beteiligung und fachlicher Beratung Kirchen, christliche Organisationen und private Träger, die sich am Aufbau einer gerechten Gesellschaft beteiligen, sich gegen Diskriminierung auf Grund von Rasse, Geschlecht und Religionszugehörigkeit einsetzen und Menschen beistehen, die in Not und Armut leben, deren Menschenwürde verletzt wird oder die von Krieg und anderen Katastrophen bedroht sind.

Der EED ergreift und fördert Maßnahmen, die in Kirche, Öffentlichkeit und Politik das Bewusstsein und die Bereitschaft wecken, sich für die Überwindung von Not, Armut, Verfolgung und Unfrieden in der Welt einzusetzen und die dazu beitragen können, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine menschliche Entwicklung verbessern.

Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. vereint die bisher selbständigen Werke des kirchlichen Entwicklungsdienstes: Dienste in Übersee e.V. (DÜ), Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE), Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED) und Ökumenisch-Missionarischer Weltdienst (EMW-ÖMW). Dem EED gehören 23 Gliedkirchen der EKD, die EKD selbst, das Evangelische Missionswerk (EMW), zahlreiche Freikirchen und die Altkatholische Kirche sowie die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche an.

Die Gründung des EED wurde auf Initiative der EKD von den Landes- und Freikirchen unter Einschluss der Altkatholiken, der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Evangelischen Missi-

onswerks in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 beschlossen. Der Sitz des EED ist die Bundesstadt Bonn, das Zentrum für internationale Zusammenarbeit in Deutschland. Der EED wird geleitet vom fünfköpfigen Vorstand des EED, der vom Aufsichtsrat berufen wurde. Vorstandsvorsitzender ist Dr. Konrad von Bonin. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist der Braunschweiger Landesbischof Dr. Christian Krause, Präsident des Lutherischen Weltbundes. Der EED erhält finanzielle Mittel von den Landeskirchen aus Kirchensteuern, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt und von Brot für die Welt.

Der EED hat in seiner neuen Struktur zur Zeit 166 feste Mitarbeitende und verfügte im Jahr 2000 (damals noch an unterschiedlichen Standorten) über knapp 279 Millionen D-Mark, darunter 157,6 Millionen D-Mark aus staatlichen Quellen.

Quellen: <http://www.eed.de> und Angela Krug, EZE



Neues aus den Regionalgruppen

◆ **Der Hamburger Pazifik-Stammtisch**

Der Hamburger Pazifik-Stammtisch trifft sich ein letztes Mal in diesem Jahr vermutlich am **Mittwoch, den 5. Dezember 2001** am gewohnten Ort: Lokal Variable, Karolinenstraße 23 (gegenüber U-Bahn-Station Messehallen). Interessenten mögen sich bitte kurz vorher bei Ingrid Schilsky (Tel. 040/640 83 93; Email: ueckert-schilsky@t-online.de) vergewissern, ob es bei diesem Termin geblieben ist. Termine für das neue Jahr können nach dem 5.12. ebenfalls bei Ingrid erfragt werden.

◆ **Die Nürnberger Pazifikgruppe**

Die Erde ist rund und wir haben nur diese eine. Deshalb kann es uns nicht egal sein, wenn im Pazifik radioaktiver Müll gelagert wird oder Inseln entwaldet werden - genauso wie es den Melanesiern nicht egal sein kann, dass wir mit unseren Autos und Kraftwerken die Atmosphäre aufheizen oder Einweg-Verpackungen aus dem Regenwald machen. Auch in diesem Semester sehen wir den Schwerpunkt unserer Einmischung bei Themen, die sich um den Erhalt einer lebenswerten Zukunft drehen. Unser nächstes Treffen findet statt am **Montag, 10. Dezember 2001** um 19:30 Uhr im Raum 11 des Jugendzentrums in der Unteren Talgasse 8 in Nürnberg (U-Bahn-Station Rathenauplatz). Informationen bei Peter Birkmann, Gneisenastr. 17, Tel: 0911/ 59 23 29

Vorabinform: Am **Mittwoch, 9. Januar 2002 um 19:30** wird Julia Ratzmann einen Diavortrag über ihre dreiwöchige Malaysia-Reise im Jugendzentrum halten. Interessenten sind herzlich willkommen!



Vereinsintern

Seminar des Pazifik-Netzwerkes vom 8. bis 10. März 2002 in Kassel

Von Biopiraten und Genschmugglern Biokolonialismus im Pazifik - Eine Bedrohung für die Biodiversität

Am 14. März 1995 erhielt das US Department of Health and Human Services das Patent US5397696 auf eine Zelllinie aus dem Blut eines Mannes vom Stamm der Hagahai aus dem Hochland von Papua-Neuguinea. Jeder, auch er selbst, hätte für die Dauer von 17 Jahren Lizenzgebühren an die „Erfinder“ bezahlen müssen, wenn er die Zellen des indigenen Mannes hätte nutzen wollen, falls das Patent am 10. Dezember 1996 nicht auf massiven öffentlichen Druck hin zurückgezogen worden wäre.

Die australische Biotechnologie-Firma Autogen Ltd. hatte im November 2000 die Unterzeichnung eines Vertrages mit dem tonganischen Gesundheitsminister bekannt gegeben, der ihr die Exklusivrechte an Tongas Gen-Pool, also der Gesamtheit der Gene der tonganischen Bevölkerung, sichern soll. Es geht um die Sequenzen der Gene für Fettleibigkeit und Diabetes und um Medikamente, die mit ihrer Kenntnis entwickelt werden sollen, und damit um sehr viel Geld. Proteste von Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen haben zum vorläufigen Stopp des Projekts und dem Einsatz einer Ethikkommission geführt.

Die Patentierung menschlicher Gene ist nur ein Beispiel für eine neue Form von Kolonialismus. Durch Patente auf Saatgut, das lokale Bauern über Jahrhunderte kultiviert haben, und auf Medikamente, die mit Hilfe des Wissens traditioneller Heiler aus den Pflanzen ihres Lebensraumes entwickelt wurden, werden indigene Völker in Abhängigkeiten von Universitäten, Agro- und Pharmakonzernen gebracht.

In unserem Seminar wollen wir diskutieren, welche Möglichkeiten internationale Verträge bieten, die Rechte indigener Völker zu wahren, sie an möglichen Gewinnen zu beteiligen und die biologische Vielfalt ihrer Umwelt zu schützen. Eingeladen sind ReferentInnen, die an den Vorbereitungskonferenzen der Verhandlungen über die Biodiversitätskonvention, des International Undertaking und des TRIPs-Abkommens im Oktober und November 2001 teilgenommen haben. Außerdem wollen wir das Problem des Biokolonialismus im Pazifik näher untersuchen.

Teil des Seminars wird die jährliche Mitgliederversammlung des Pazifik-Netzwerkes sein, zu der auch Nicht-Mitglieder herzlich eingeladen sind.

Das Pazifik-Netzwerk freut sich auf Ihre Anmeldung!

Seminarprogramm

Freitag, 8. März 2002

17.30 Uhr Anreise

18.00 Uhr Abendessen

- 19.30 Uhr Begrüßung
Kurzberichte der TeilnehmerInnen
Bericht der Pazifik-Informationsstelle
- im Anschluss Gemütliches Beisammensein

Samstag, 9. März 2002

- 8.00 Uhr Frühstück
- 9.00 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Barbara Gürne, Pazifik-Netzwerk
- 9.15 Uhr **Partizipation indigener Völker an den Prozessen der Biodiversitätskonvention**
Dr. Lioba Rossbach de Olmos, Klima-Bündnis, Frankfurt
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr **Wahrung der Rechte indigener Bauern und Schutz ihres traditionellen Wissens**
Hartmut Meyer, AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt & Entwicklung, Bonn
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr **Biokolonialismus im Pazifik - Fallbeispiele**
Dr. Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Bonn
- 15.00 Uhr **Diskussion**
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.15 Uhr **Mitgliederversammlung des Pazifik-Netzwerkes**
Bericht des Ausschusses und des Vorstands
Neuwahl von Vorstand und Ausschuss
- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.30 Uhr **Video** zum Biokolonialismus im Pazifik
- im Anschluss Gemütliches Beisammensein

Sonntag, 10. März 2002

- 8.00 Uhr Frühstück
- 8.40 Uhr Meditation

- 9.00 Uhr **Diskussion zu Pazifik-relevanten Themen,
Vorhaben für 2002**
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr **Fortsetzung der Diskussion**
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 Uhr Abreise

Der Seminarbeitrag beträgt 40 Euro, für Schlechterverdienende 30 Euro. Er kann auf Antrag weiter ermäßigt werden.

Anmeldeschluss ist der 11. Januar 2002.

Tagungsort: CVJM-Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Hugo-Preuß-Straße 40a, 34131 Kassel-Wilhelmshöhe, Tel.: 0561 / 3087-511 bzw. -0, Fax: 0561 / 3087-270

Anmeldungen bei: Maja Messner, Jurastraße 47, 72072 Tübingen, Tel.: 07071 / 78520

Ergebnisprotokoll Bergbau - AG

Die Bergbau-AG des Pazifik-Netzwerks traf sich zuletzt zu einer örtlich und zeitlich zweigeteilten Sitzung: am 8. Oktober in Hamburg, am 14. Oktober in Neuendettelsau (mit unterschiedlicher personeller Besetzung; "Bindeglieder" waren Volker Böge und Rudolf Lies, die an beiden Treffen teilnahmen). Diese Zweiteilung war aus pragmatischen Gründen notwendig geworden (Ersparnis von Fahrtkosten und Zeit). Themen waren: Ramu Nickel, Ok Tedi/Norddeutsche Affinerie und Vorüberlegungen zu einem möglichen Bergbau-Seminar (letzteres nur auf der Neuendettelsauer Sitzung). Im folgenden einige Stichworte zu diesen Themen.

Ramu: Das Projekt stagniert. Gegenwärtig ist unklar, ob es überhaupt in den nächsten Jahren zustande kommt. Es scheint sich kein finanzkräftiger ausländischer Bergbaukonzern zu finden, der in das Projekt einsteigen will. Für uns besteht folglich zur Zeit auch kein direkter Handlungsbedarf bzw. keine Handlungsmöglichkeit. Wir werden die Entwicklung weiter beobachten. Beschlüsse: Die Studie des Mineral Policy Institute (MPI) über die mit dem Projekt verbundenen Umweltgefährdungen wird an interessierte SpezialistInnen weiter gegeben, nachdem sie in PNG öffentlich gemacht worden ist. Ein die Ergebnisse dieser Studie zusammenfassender deutscher Aufsatz wird geschrieben (von Roland Seib), im Rundbrief veröffentlicht und anderen Publikationsorganen zur Veröffentlichung angeboten.

Ok Tedi/Norddeutsche Affinerie: BHP steigt nun definitiv aus Ok Tedi aus. Es ist unklar, wie es dort weiter gehen wird; vor allem auch, wie sich künftig die Geschäftsbeziehungen der NA zu OTML gestalten werden. Zu beiden Punkten wurden einige Fragen aufgeworfen, die durch e-mails/Schreiben an OTML und NA geklärt werden sollen (Klaus Baumgardt). Nächste Schritte: eine Presseerklärung an-

lässlich der vorläufigen Jahresbilanz der NA (im Dezember, zusammen mit Rettet die Elbe); Vorbereitung einer Intervention auf der NA-Aktionärsversammlung im nächsten Jahr (April, ebenfalls zusammen mit RdE), "Sensibilisierung" der Kirchen(-hierarchie) für das Thema in Nordelbien (Maren von der Heyde, Rudolf Lies).

Bergbau-Seminar: Es wurde überlegt, ob man ein Fachseminar zum Thema Bergbau in 2002 (etwa im September) durchführen sollte: zwei Tage, mit Gästen aus dem Süden, in Kooperation mit FIAN und kirchlichen Organisationen und/oder anderen. Es gab (in Neuendettelsau) eine lebhafte Diskussion über Sinnhaftigkeit einer solchen Fachtagung, über mögliche Inhalte, Adressaten, Stoßrichtung, potenzielle Kooperationspartner usw. Beschlossen wurde, noch nichts zu beschließen. Vielmehr soll zunächst eruiert werden, ob es interessierte und "starke" Kooperationspartner (also solche, die so ein Projekt tatsächlich in jeder Hinsicht voll mittragen könnten) gibt (Klaus Schilder). Erst wenn das geklärt ist, soll gegebenenfalls ein Konzept-Vorschlag für eine solche Fachtagung erarbeitet werden (Volker Böge, Klaus Schilder, Roland Seib u.a.). Entschieden werden soll auf der nächsten Sitzung.

Der nächste Sitzungs-Termin für die Bergbau-AG: **7. Januar 2002 in Bonn**. Kommt alle!

Volker Böge, Hamburg



Mitteilungen aus dem Pazifik-Netzwerk e.V.

Pazifik-Informationsstelle und Pazifik-Netzwerk jetzt online!

Seit dem 1. Dezember 2001 sind die Pazifik-Informationsstelle und das Pazifik-Netzwerk nun mit einem umfangreichen Internet-Auftritt auch online zu erreichen. Die neue Website bietet ein umfangreiches Angebot von deutschsprachigen Informationen rund um den Pazifik, das in dieser Form in Deutschland einmalig ist. Zudem stellt die Pazifik-Informationsstelle ihre Arbeit einem breiten Publikum vor.



Schrittweise soll die Website in Zukunft zu einem deutschsprachigen Informations- und Referenzportal für den Pazifik ausgebaut werden. Damit sollen Interessierte in leicht zugänglicher Weise über aktuelle wirtschaftliche, soziale und ökologische Themen und Problemfelder im pazifischen Raum informiert werden. Neben den regelmäßigen Publikationen der Pazifik-Informationsstelle (Pazifik-Aktuell und Rundbrief) finden sich auf der Website Pressemitteilungen zu pazifischen Themen, Informationen zu verschiedenen Aktivitäten des

Pazifik-Netzwerkes, Verweise auf Regionalgruppen, aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise sowie eine umfangreiche Sammlung von weiterführenden Links, die die Recherche im „Internet-Ozean“ erleichtern sollen. Neben der Möglichkeit, verschiedene Publikationen nun auch online zu bestellen, bietet die Website auch die Möglichkeit, online Mitglied im Pazifik-Netzwerk zu werden oder den Verein durch eine Spende zu unterstützen. Die Website versteht sich als „work in progress“ und wird kontinuierlich ausgebaut. Dabei sind Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge jederzeit herzlich willkommen.

Wir hoffen, dass die neue Website sowohl von den Mitgliedern des Vereins als auch von der breiten Öffentlichkeit intensiv genutzt werden wird und so der Pazifik zunehmend aus seinem Schattendasein heraustritt.

Die Website ist unter der folgenden Adresse zugänglich:

www.pazifik-infostelle.org

Wir möchten alle Mitglieder herzlich bitten, aktiv dazu beizutragen, dass die neue gemeinsame Internet-Präsenz der Pazifik-Informationsstelle und des Pazifik-Netzwerkes rasch einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird.

Klaus Schilder, Bonn

-
- ◆ Weil es sich mit krummen Summen so schlecht rechnet, hat die letzte Pazifik-Netzwerk-Mitgliederversammlung beschlossen, den **Mindestmitgliedsbeitrag** ab 1. Januar 2002 auf **30 Euro pro Jahr** zu reduzieren (bei Studenten auf Antrag 15 Euro). Bei allen Mitgliedern, deren Beiträge per Einzugsermächtigung eingezogen werden, veranlasst die Kassenwartin die Umstellung auf die neuen Beträge. Alle anderen Vereinsmitglieder, die mit Überweisung oder Dauerauftrag bezahlen, bitten wir hiermit, die neue Beitragshöhe zu berücksichtigen. Am einfachsten wäre es natürlich für die Kassenwartin, wenn wir von allen Mitgliedern Einzugsermächtigungen vorliegen hätten! Formulare hierfür versendet gerne: Ingrid Schilsky, Erich-Kästner-Ring 17, 22175 Hamburg; Email: ueckert-schilsky@t-online.de
 - ◆ Am Freitag, **12. Oktober 2001** hat von 14:30 bis 18:00 Uhr die Vorstandssitzung des Pazifik-Netzwerkes in Neuendettelsau stattgefunden. Teilgenommen haben neben dem Vorstand Klaus Schilder (Vorsitzender), Ortrun Alius (2. Vorsitzende) und Ingrid Schilsky (Kassenwartin) als Gäste Irene Hörburger, Gottfried Seiler und Volker Böge (alle Netzwerkmitglieder) sowie Julia Ratzmann (Pazifik-Infostelle). Bei Interesse kann das Protokoll der Sitzung angefordert werden bei Ingrid Schilsky unter Email: ueckert-schilsky@t-online.de
 - ◆ Die nächste öffentliche Vorstandssitzung des Pazifik-Netzwerkes e.V. wird im Zusammenhang mit dem Seminar und der Mitgliederversammlung am **Freitag, 8. März 2002 um 14:00 Uhr in der CVJM-Tagungsstätte in Kassel** stattfinden. Nähere Informationen zur Tagesordnung können beim Vorstandsvorsitzenden Klaus Schilder unter Email schilder@gmx.de erfragt werden.



In Memoriam Stephen A. Wurm

Stephen A. Wurm ist tot. Der herausragende Linguist verstarb 79-jährig in Canberra, der australischen Hauptstadt. Wurm ist den Papua-Neuguinea Interessierten durch seine frühen Sprachstudien der Papua-Sprachen ein Begriff (z.Bsp. „New Guinea Area Languages and Language Study“ 1975 und „Papuan Languages of Oceania“ 1982). Er setzte sich Zeit seines Lebens für den Erhalt aller vom Aussterben bedrohten Sprachen ein. Dabei bezog sich sein Interesse nicht nur auf den südostasiatischen und pazifischen Raum, sondern auch auf die Sprachen der nordamerikanischen Indianer, der Inuit und der Völker Osteuropas. Professor Wurm war Mitglied der „Foundation of Endangered Languages“ und gründete an der australischen Nationaluniversität im Fachbereich „Research School of Pacific and Asian Studies“ das Institut für Linguistik, an dem er jahrelang lehrte. Wurm hatte in den Fächern Linguistik und Anthropologie an der Uni Wien promoviert, bevor er 1954 Österreich zugunsten eines Lehrauftrages an der Universität von Sydney/Australien verließ.

Stephen A. Wurm galt als Sprachgenie, laut Aussagen von Kollegen beherrschte er 40 (!) äußerst seltene Sprachen fließend in Wort und Schrift. Zu seinen berühmtesten Publikationen zählen: „Atlas of the World's Languages in Danger of Disappearing“, „Language Atlas of the Pacific Area“ sowie der „[Atlas of Languages of Intercultural Communication](#) in the Pacific, Asia and Americas“. Wurm war neben seiner Lehr- und Forschungstätigkeit in verschiedenen Gremien als Linguist engagiert. So war er z. Bsp. Ehrenpräsident des „International Council of Humanistic Studies“ bei der UNESCO sowie Präsident des „International Council of Linguistics“.



Termine

Ausstellungen

5. Oktober 2001 bis Frühjahr 2002: **Inseln der Sehnsucht: Palau** (Sammlung Karl Gottfried Semper). Staatliches Museum für Völkerkunde, Japanisches Palais, Palaisplatz 11, Dresden, Öffnungszeiten Di bis So von 10 bis 18 Uhr, Eintritt 8,-/4,- DM

verlängert bis Sommer 2002: **Die Kunst Neuguineas**. Staatliches Museum für Völkerkunde, Japanisches Palais, Dresden

verlängert bis Frühjahr 2002: **Lebendige Traditionen in Neuguinea- Neuerwerbungen des Jahres 2000**. Staatliches Museum für Völkerkunde, Japanisches Palais, Dresden

bis 13. Januar 2002: **Die Entdeckung der Welt- Die Welt der Entdeckungen. Österreichische Forscher, Sammler, Abenteurer**. Künstlerhaus, Karlsplatz 5, Wien I (Österreich). Öffnungszeiten täglich von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8,70 Euro (5,80)

1. Dezember bis 15. September 2002: **Menschen und ihre Gegenstände: Amazonien- Ozeanien**. Museum der Weltkulturen, Schaumainkai 29, 60594 Frankfurt, Öffnungszeiten täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, Sa 14 bis 20 Uhr

Veranstaltungen/Seminare

7. bis 9. Dezember 2001: **Geschmiert wird überall! Korruption- ein weltweites Phänomen.** Wochenendseminar in der Tagungsstätte des Missionswerkes der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Johann-Flierl-Str. 22, 91564 Neuendettelsau. Anmeldung im Sekretariat bei Anneliese Reuter, Tel: 09874/ 91501 oder per Email unter: mk@Missionswerk-Bayern.de

6. Dezember 2001, 18 Uhr: Prof. Hermann Mückler über „**Entdecker, Entdeckungen und die Konsequenzen: Nutzen für die Europäer- Nachteil für die Entdeckten**“. Künstlerhaus Wien, Karlsplatz 5

10. Januar 2002, 18 Uhr: Margit Wolfsberger, M.A. über „**Samoa- 100 years and long before. Geschichte und Gegenwart Samoas, der einstigen „deutschen Perle“ in der Südsee**“. Künstlerhaus Wien, Karlsplatz 5

23. bis 25. Januar 2002 in Augsburg: **Zeit- Woher nehmen und nicht stehlen?! Zeitmanagement.** Infos und Anmeldung bei der Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern e.V., Ingrid Großbuchberger, Hauptstr. 67, 82327 Tutzing, Tel: 08158/ 250011, Fax: - 250025

1. bis 2. Februar 2002: **Aus der Ferne in die Nähe- Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit.** Tagung von „Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung“ (ESE e.V.) im Franz Hitze Haus in Münster. Anmeldung und Info bei Ulrike Heitmann und Cornelia Zahn unter Tel: 0251/ 98 18 445, Fax: - 98 18 480, Email: info@franz-hitze-haus.de

1. bis 3. Februar 2002: **West Papua Netzwerk Seminar und Partnerschaftstreffen** in Witten. Informationen bei Dr. Siegfried Zöllner, West Papua Netzwerk, c/o VEM , Rudolfstr. 137, 42285 Wuppertal, Tel: 0202/ 89 004 170, Email: west-papua-netz@vemission.org

29. März bis 1. April 2002: **Second Asia Pacific International Solidarity Conference**, veranstaltet vom Asia Pacific Institute for Democratisation and Development, in **Sydney/Australien**. Informationen und Anmeldung auf der Webseite: <http://www.global-revolt.org>

Diverses

4. Februar 2002 bis 31. Mai 2002: Ausbildungskurs der Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung zur „**Friedensfachkraft**“. Infos und Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung/ Zivilen Friedensdienst, Wesselstr. 12, 53113 Bonn, Tel: 0228/ 981 4473, Fax: - 981 4475, Email: agqualifizierung@t-online.de

**Neuere Literatur**

Arnberger, Hertha und Erich Arnberger: **The Tropical Islands of the Indian and Pacific Oceans.** Wien, Österreichische Akademie der Wissenschaften 2001

Aoude, Ibrahim G.: **Public Policy and Globalization in Hawai'i**. Honolulu: University of Hawai'i Press. Series: Social Process in Hawai'i, Nr. 40, 272 Seiten, 2001

Bender, Andrea: **Fischer im Netz. Strategien der Ressourcennutzung und Konfliktbewältigung in Ha'apai, Tonga**. Centaurus Verlag Herbolzheim 2001, ca. DM 55,- (ISBN 3 8255 0328 3)

Craig, Barry und Harry Beran (Hrsgs.): **War Shields: New Guinea, New Britain, Solomon Islands**. Bathurst, NSW: Crawford House Publishing. 200 Seiten, 2001

Dahles, Heidi und Toon van Meijl in *Pacific Tourism Review*, 4(2/3, 2000). Special issue: **Local Perspectives on Global Tourism in Southeast Asia and the Pacific Region**.

Drozdzow-St. Christian, Douglass: **Making Power, Propriety, and Health in Samoa**. Durham, NC: Carolina Academic Press. *Ethnographic Studies in Medical Anthropology*, Nr. 2, 2001 (ISBN: 0-89089-746-8)

Faschingeder, Gerald: **Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie**. Verlag Brandes & Apsel, 160 Seiten, DM 24,80 (ISBN 3 86099 214 7)

Herle, Anita, Nick Stanley, Karen Stevenson und Robert L. Welsch (Hrsgs.): **Pacific Art- Persistence, Change and Meaning**. Bathurst, NSW: Crawford House Publishing. 350 Seiten, 2001

Juillerat, Bernard und Monique Jeudy-Ballini (Hrsgs.): **People and Things: Social Mediation in Oceania**. Durham: Carolina Academic Press, 2001

Kirch, Patrick Vinton und Roger C. Green: **Hawaiki, Ancestral Polynesia: An Essay in Historical Anthropology**. Cambridge: Cambridge University Press, 2001

Klaffenböck, G. et alii (Hrsgs.): **Biologische Vielfalt- Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen?** Verlag Brandes & Apsel, 296 Seiten, DM 39,80 (ISBN 3 86099 219 8)

Lea, John und John Connel (Hrsgs.): **Urbanization in the Pacific**. London and New York: Routledge, 2001 (ISBN: 0415246709)

Mageo, Jeannette Marie (Hrsg.): **Cultural Memory: Reconfiguring History and Identity in the Postcolonial Pacific**. Honolulu: University of Hawai'i Press. 304 Seiten, 2001

May, R.J.: **State and Society in Papua New Guinea: The First Twenty-Five Years**. Bathurst, NSW: Crawford House Publishing. 450 Seiten, 2001

McCalman, Iain, Alexander Cook und Andrew Reeves (Hrsgs.): **Gold: Forgotten Histories and Lost Objects of Australia**. Oakleigh, Victoria: Cambridge University Press. 400 Seiten, 2001

Rynkiewich, Michael A. und Roland Seib (Hrsgs.): **Politics in Papua New Guinea. Continuities, Changes and Challenges**. Goroka: Melanesian Institute 2000 (Point No. 24), 290 Seiten

Silverman, Eric Kline: **Masculinity, Motherhood and Mockery: Psychoanalyzing Culture and the Iatmul Naven Rite in New Guinea**. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2001

Sigrah, Raobeia Ken und Stacey M. King (Hrsgs.): **Te Ri Ni Banaba- The backbone of Banaba**. Institute of Pacific Studies, University of the South Pacific, Fidschi. Bestellung unter Email bei den Autoren: book@banaban.com, <http://www.banaban.com>

Suchanek, Norbert: **Mythos Wildnis**. Schmetterling Verlag 2001, 136 Seiten (ISBN 3 89657 574 0)

Smith Thompson, Robert: **Empires on the Pacific: World War II and the Struggle for the Mastery of Asia**. 2001, 21 US \$, Hardcover (ISBN 046508575X)

Willens, Howard P. und Deanne C. Siemer: **An Honorable Accord: The Covenant between the Northern Mariana Islands and the United States**. Honolulu and Manoa: University of Hawai'i Press and the Centre for Pacific Islands Studies. Pacific Islands Monograph Series, Nr 18, 2001

Neue Videos/Audios

Videos:

Bayerischer Rundfunk: Kompass- Auslandsreportage vom 17. Juli 2001, Thema: Freiheitskampf auf der Insel **Bougainville**. Farbe, 30 Minuten

Arte: **Papua New Guinea. After the Gold Rush**. Film über die Ok Tedi Mine. 45 min. Farbe, deutsch, gesendet am 19.11.2001

Audios: (alle Audios von Karl Rössel, Rheinisches JournalistInnenbüro Köln)

Im Land der 40.000 Götter- Die Renaissance der indigenen Kultur in Hawai'i. SWR 2, gesendet am 20. September 2001 von 8:30 bis 9:00 Uhr (Audio-Cassette)

Die Blätter des Banyanbaums. Literatur aus West-Samoa. SWR 2, gesendet am 27. September 2001 von 8:30 bis 9:00 Uhr (Audio-Cassette)

Ein Meer von Inseln. Der Schriftsteller Epeli Hau'ofa und das Zentrum für Zeitgenössische Kunst in Fidschi. SWR 2, gesendet am 4. November 2001 von 8:30 bis 9:00 Uhr (Audio-Cassette)

Kaneka - Die indigene Kulturszene Neu-Kaledoniens. WDR 5 Musikwelten, gesendet am 27. Mai 2001 von 22:05 bis 24:00 Uhr (2 CDs)

Mehr als nur Hula- Musik aus Hawai'i. WDR 5 Musikwelten, gesendet am 29. Juli 2001 von 22:05 bis 24:00 Uhr (2 CDs)

Alle Videos/Audios können in der Infostelle gegen eine Portospende ausgeliehen werden.



Internetadressen

<http://www.oceanie.org>: Immer dann, wenn man glaubt, DIE ultimative Seite zum Thema Ozeanien im Netz entdeckt zu haben, findet man wenige Tage später etwas Neues. Diesmal hat die Suche aber wohl ein Ende. Die Ozeanienseite des „Musée de la Civilization“ im kanadischen Québec bietet alles, was das (Ethnologen)herz begehrt. Erst kürzlich mit dem begehrten Preis des International Multimedia Market in Gold (IMM Gold Award) ausgezeichnet, findet der interessierte Leser (und Hörer, mit Lautsprechern ist's noch viel besser!) unter den drei großen Themenblöcken „Wantok“, „Ancêtres“ und „Maison“ grafisch liebevoll gestaltete und wissenschaftlich fundierte Texte. Durch Fotos und andere Dokumente aus Archiven schaffen die Autoren - anerkannte Ethnologen aus dem Fachbereich Ozeanien - Einblicke in (koloniale) Geschichte und Zukunft der pazifischen Inselstaaten. Komplexe Themen und Zusammenhänge werden dabei auch für den ethnologischen Laien anschaulich erläutert und mit Querverweisen vertieft. Diese Seite ist es wert, Französisch zu lernen - noch gibt es sie nicht in Englisch!

<http://www.kun.nl/cps/>: Nicht besonders „schön“ aufgemacht ist die Seite des „Centre for Pacific and Asian Studies“ (CPAS) im Fachbereich Ethnologie an der niederländischen Universität von Nijmegen. Aber es geht hier auch nicht um Schönheit, sondern um Informationen über die aktuellen Forschungen zum Thema Pazifik. Besonders interessant das Archiv mit den Veröffentlichungen eines Missionars über die Asmat und Mimika im ehemaligen Niederländisch-Neuguinea. Zweimal im Jahr (zuletzt im September 2001) erscheint der „Oceania Newsletter“ mit den jüngsten Forschungsergebnissen der am CPAS beschäftigten Wissenschaftler sowie einer ausgezeichneten Liste mit Neuerscheinungen auf dem Buch- und (interessant für die Recherche) Zeitschriftenmarkt. Nützlich auch die Linkliste.

<http://www.tamu.edu/anthropology/news.html>: (Anthropology in the news) Reine Informationsseite mit links zu aktuellen Zeitungsartikeln (leider nur aus der amerikanischen Presse) aus den Fachbereichen Anthropologie, Ethnologie, Archäologie sowie Ur- und Frühgeschichte. Ein Artikel zum Pazifik findet sich zwar recht selten, doch es lohnt, über den Tellerrand zu schauen. Es ist ja auch interessant zu erfahren, dass Archäologen beim Tauchen wahrscheinlich die Überreste einer Gallone von Christoph Columbus entdeckt haben! So ganz nebenbei gelangt man beim Anklicken der jeweiligen Artikel auch zu interessanten Publikationen weltweit - zum Stöbern und Surfen an trüben Dezembertagen genau das Richtige.



Neues aus der Infostelle

Vom 24. August bis 13. September war die Pazifik-Infostelle nicht besetzt. Ich war in Westmalaysien unterwegs. Der als Urlaubsreise geplante Trip entpuppte sich schnell zu einer anstrengenden Bildungsreise. Meine Gastgeberinnen, chinesische Frauen der Lutheran Sister Fellowship, hatten sich vorgenommen, mir das „wahre“ Malaysia abseits einer 5-Sterne-Hilton-Kultur zu zeigen. Das betraf sowohl die traditionelle chinesische Ernährung (zum Frühstück Dim Sue, ein warmer Porridgereis mit rohem Fisch) als auch die Freizeitaktivitäten: „Shopping“ ist das Zauberwort in einem Land, in dem shopping

malls so groß wie mittelfränkische Dörfer sind, und die gut verdienenden chinesischen Geschäftsfrauen nichts lieber tun, als die günstigsten Schnäppchen noch weiter runterzuhandeln, so dass der europäische Gast für die reizendsten traditionellen malayischen Seidengewänder nur wenige Mark ausgeben musste. Vom vielen Autofahren mit voller Klimaanlage ganz rund geworden (für jedes noch so kurze Stück nimmt man das Auto, meist samt Chauffeur), kam die Fischvergiftung am Ende der Reise gerade richtig. Die Versprechen der gängigen Reiseführer auf Sonne, Strand und Palmen haben sich nicht bewahrheitet. An der Westküste gibt es nur einen einzigen sauberen Strand (die Wasserstraße von Melakka wird rege von Transportschiffen befahren), die Palmen sind nur in typischen Touristenorten gepflanzt und die Sonne kann man in vollklimatisierten Räumen und Autos auch nicht sehen. Eine Reise, deren Eindrücke mich noch lange beschäftigen werden!

Im Oktober war ich jedes Wochenende zu Tagungen unterwegs. Am Rande der bereits oben genannten Tagungen fand die Vorstandssitzung des Pazifik-Netzwerkes statt sowie auch das Treffen der Bergbau AG. Außerdem bot das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS Stuttgart) noch ein Seminar zur Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel von Indonesien an. Bei einem indonesischen Abend mit Gebäck, Gesang und Tanz konnte der angestaute ‚Tagungsstress‘ dann endlich abgebaut werden.

Am 17. November tagte der Ausschuss der Pazifik-Infostelle, als Gast nahm Martin Remppis von Brot für die Welt daran teil. Endgültig fest steht nun - nach Empfehlung des Ausschusses- meine Vertragsverlängerung als Leiterin der Pazifik-Infostelle bis zum 31. März 2004. Darüber freue ich mich!

Julia Ratzmann, Neuendettelsau



Tipps für den Wochenendausflug

... ein Museum gegen die fortschreitende Entzauberung der Welt

Eine Fahrt nach Dresden lohnt sich, denn das Staatliche Museum für Völkerkunde Dresden verlängert seine Jubiläums-Ausstellung: **Die Kunst Neuguineas bis August 2002**. Darüber hinaus werden hier Gegenstände der alten Palau-Kultur aus der Sammlung Karl Gottfried Sempers gezeigt. Die Schau „Eine Brücke zur Brücke: Palau“, macht deutlich, wie Dresdener Maler der Künstlergemeinschaft „Die Brücke“ aus Sehnsucht nach der Südsee, Motive aus den reichen Beständen der Sammlung malten.

Wir waren im August 2001 in Dresden, und haben deshalb nur die Jubiläums-Ausstellung: **Die Kunst Neuguineas** besucht.

In der Eingangshalle des Japanischen Palais standen wir vor Reisebooten mit Zubehör von der Nordküste Neuguineas. Bei schwülem Augustwetter wurden Bilder aus Papua-Neuguinea in unseren Köpfen lebendig. Die arrangierten Gegenstände mit der Fotodokumentation vermittelten uns klar und deutlich, dass die Objekte in diesem Völkerkundemuseum mit Feldforschungen vor Ort einhergehen. Die Inszenierung übersetzt Neuguinea in die Mauern des 1750 errichteten Gebäudes.

Im ersten Stock gewannen wir entlang der 23 Ausstellungssegmente einen detaillierten Überblick über eine der bedeutendsten Neuguinea-Sammlungen der Welt. Der Aufbau der scheinbar flächendeckenden Sammlung verlief im "Königlichen Zoologischen und Anthropologisch - Ethnographischen Museum" ab 1875 nahezu synchron mit der Erschließung Neuguineas.

Über 800 hochkarätige Objekte - darunter 60 Leihgaben aus Leipzig und 9 aus Berlin - repräsentieren die gesamte regionale Breite der Kunst Neuguineas unterteilt in 13 Stilregionen: 1) Das Zentrale Hochland, 2) die Bergländer, 3) Süd-Neuguinea, 4) die Südwestküste und ihr Hinterland, 5) der Papua-golf, 6) die Torrestraße, 7) das Sepik-Gebiet und das Sepik-Gebiet / Nordküste, 8) die Nordwestküste, 9) Die Nordostküste, 10) Die Flusstäler im Hinterland des Huongolfes, 11) Südost-Neuguinea, 12) das Massim-Gebiet, 13) die Vogelkopf-Halbinsel.

Es ist zu spüren, dass der Kurator die ihm anvertraute Sammlung liebt, und es ihm bei der charismatischen Neuaufstellung nicht um Effekthascherei geht, das haben die hochkarätigen Objekte auch überhaupt nicht nötig, um Lob zu ernten.

Die künstlerischen Gestalter der Ausstellung haben die Farbgebung und Struktur der Vitrinhintergründe auf die regionalen Kunstformen abgestimmt. Durch die flächendeckende Gestaltung vom Fußboden bis zur Decke wirken die Objekte zwar geborgen, verschmelzen aber fast mit der Fläche, gerade so als wollten sie sich dem neugierigen Blick der Betrachter entziehen. Das gilt auch für die farblich unterlegten Texte, die nach drei Zeilen selbst junge Augen ermüden.

„Ich finde die Ausstellung sehr interessant, da die Bilder und Gegenstände nicht nur einfach hingestellt sind, sondern auch mit Effekten versehen wurden. Man hätte aber die Beschriftungen deutlicher machen müssen und sie vielleicht nicht unten an den Glasscheiben befestigen sollen, sie waren daher sehr schwer zu lesen. Außerdem war es eine gute Idee den Raum so zu klimatisieren, wie in der Natur Neuguineas (Liv E., 15 J.)

Da die Ausstellungstexte in dem kleinen Führer „125 Jahre Museum für Völkerkunde 1875 - 2000, Jubiläums-Ausstellung: Die Kunst Neuguineas“, abgedruckt sind, lohnt sich der Einsatz von 9.80 DM schon zu Beginn des Ausstellungsbesuches.

- Staatliches Museum für Völkerkunde Dresden
Japanisches Palais, Palaisplatz 11, 01097 Dresden (8 Minuten vom Bahnhof)
Tel.: 03 51 - 81 44 852 / 590 (Allgemeine Informationen für Besucher)
Tel.: 03 51 - 81 44 841 / 840 (Führungen, Anmeldungen für Gruppen)
Fax: 03 51 - 81 44 888 (Veranstaltungsprogramme erfragen)
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10.00 - 18.00 h (Einlaßschluß 16.30 h)
- Seit 6. Oktober 2001 präsentiert das Museum für Völkerkunde *Inseln der Sehnsucht: Palau*, eine Brücke zur Sonderausstellung *Die Brücke in Dresden, 1905-1911*. Der Sammlung des Staatlichen Museums für Völkerkunde entstammen die Palau-Hausbalken, die bis 6. Januar 2002 in der Galerie Neue Meister gezeigt werden.
- DIE BRÜCKE IN DRESDEN 1905 - 1911, *Sonderausstellung* der Galerie Neue Meister im *Dresdner* Schloss Georgenbau, 2. Obergeschoss bis 6. Januar 2002

Erstmals seit neunzig Jahren werden über 300 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Grafiken der BRÜCKE am Ort ihrer Entstehung vereint. Eintritt: 10,- DM, Di, Mi, Sa und So 10 bis 18 h Do und Fr 10 bis 20 h. <http://www.staatl-kunstsammlungen-dresden.de/deutsch/maiaus.htm>

- **BUMMELN IN DER ÄUSSEREN NEUSTADT** - Kunsthofpassage Dresden - "Ein Haus braucht eine Seele, sonst bleiben seine Mauern tot." Egal ob Sonne, Regen oder Nebel - nichts kann das Wasser im Hof der Elemente aufhalten ! zwischen Görlitzer Str. 21-25 und Alaunstr.70 <http://www.kunsthof.com/elem/index.html>
- **SEX - VOM WISSEN UND WÜNSCHEN** - Das deutsche hygiene museum dokumentiert in 3 Raumin szenierungen 500 Objekte, Dokumente, Schriftstücke, Filme, Kunstwerke, Experimente und Kuriositäten zwischen Experiment und Utopie. Erwachsene: 7,00 DM/3,58 €, freitags ab 13.00 h freier Eintritt; Lingner Platz 1, 01069 Dresden Tel 0351-4846-0; Fax 0351-4955-162; www.dhmd.de
- **ESSEN UND TRINKEN** zu Fuß vom Völkerkundemuseum aus in drei Minuten zu erreichen sind Wenzels Prager Bierstuben, Königstraße 1; böhmische Küche zu zivilen Preisen! <http://www.wenzel-prager-bierstuben.de/dd/aktionen.html>

Die Wochenendtipps wurden zusammengestellt von Heide Lienert und Liv Emmerlich.

Abbildungen aus dem Katalog: „125 Jahre Museum für Völkerkunde Dresden. Jubiläums-Ausstellung: Die Kunst Neuguineas“.



Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874/91220,
Fax- 93120, Email: Pazifik-Info@Missionswerk-Bayern.de,
Redaktion: Julia Ratzmann

